

Bezugspreis: Für den Monat Juni 1923 200 M. voraus zahlen. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, Goar- und Westpreußen sowie Österreich und Böhmen 200 M., für das übrige Ausland 250 M. Postgebühren sind inbegriffen. Bestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Estland, Finnland, Frankreich, Holland, Italien, Luxemburg, Österreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn. Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Zeit und Welt“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Beilage „Siedlung und Kleingarten“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Donnerstag, den 31. Mai 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postfachkonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direction der Dicksont-Gesellschaft, Depotkassenkonto Lindenstraße 3

Anzeigenpreis: Die einspaltige Nonparvillespalte kostet 1500 M. Restzeile 7500 M. „Kleine Anzeigen“ das selbige Wort 500 M. (zulässig zwei selbige Wörter). Jedes weitere Wort 250 M. Stellungnahme das erste Wort 250 M., jedes weitere Wort 200 M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnement Seite 250 M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Vor der neuen Note.

Sozialdemokratie gegen Industrieangebot.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichsrats hat sich gestern nachmittag unter Vorsitz des Reichsanwalters in mehrstündiger Beratung mit der auswärtigen Lage und mit dem demnachst zu unternehmenden Schritt der Reichsregierung beschäftigt.

Auch der Vorstand der Reichstagsfraktion der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei befaßte sich am Mittwoch mit der gegenwärtigen politischen Lage. Er billigte die Schritte, die die Unterhändler der Sozialdemokratischen Partei in den letzten 14 Tagen unternommen haben, um die Regierung zu veranlassen, ein konkretes und substantiiertes Angebot zu machen, das Deutschland den Weg zu internationalen Verhandlungen öffnen soll. Der Vorstand ersuchte seine Vertreter, in den entscheidenden nächsten Tagen nachdrücklich in demselben Sinne zu wirken.

Der Fraktionsvorstand befaßte sich weiter mit dem veröffentlichten Angebot der deutschen Industrie. Er nahm Kenntnis davon, daß die Wirtschaftskreise endlich für eine endgültige Lösung der Reparationsfrage grundsätzlich bestimmte Leistungen anbieten und eine Haftung der Sachwerte dafür erforderlich halten. Der Vorstand lehnt es aber auf das entschiedenste ab, die selbstverständliche Erfüllung der Staatsbürgerpflichten zu irgendwelchen Voraussetzungen oder Bedingungen abhängig zu machen. Darüber und über die Höhe der Inanspruchnahme der Wirtschaft hat die Befragung zu entscheiden. Der Fraktionsvorstand weist insbesondere die Proklamierung des reinen Manchesterismus durch die Industrie zurück und wendet sich ebenso gegen den Vorstoß der Industrie zwecks Abbau der sozialpolitischen Erwerbungsleistungen der Arbeiterklasse. Er weist sich in diesem Punkte mit den Gewerkschaften vollkommen einer Meinung.

Da die Beratungen der Reichsregierung mit den verschiedenen in Betracht kommenden Fraktionen vom Abschluß noch

ziemlich weit entfernt sind, dürfte die Ueberreichung der neuen deutschen Note erst in der nächsten Woche erfolgen.

Vorbedingungen der Verhandlungen.

Französische Forderungen.

Paris, 30. Mai. (Eca.) Der „Temps“ beschäftigt sich im Anschluß an die gestrige Parlamentsdebatte mit der Möglichkeit einer Lösung des Ruhrkonflikts. Alle Macht trägt den Reim der Vergänglichkeit in sich, erklärt er, aber das, was Frankreich und Belgien eine dauernde Ueberlegenheit schafft, ist der Umstand, daß selbst in den kritischsten Augenblicken des Kampfes die Franzosen und Belgier nicht aufhören, eine gerechte und endgültige Regelung des Reparationsproblems anzustreben. Voraussetzung dafür, daß die kommenden deutschen Vorschläge Gelegenheit zu vorbereitenden Besprechungen geben, ist das Aufheben des passiven Widerstandes. Ferner muß Deutschland die Bedingungen Frankreichs und Belgiens als grundlegend annehmen: Die Räumung des Ruhrgebietes erfolgt nur im Verhältnis zu den Bezahlungen der Schulden. Wenn dann Verhandlungen zustande kommen, so wäre es vielleicht nicht klug von der deutschen Regierung, wenn sie eine feste Endsumme vorschlagen würde, denn diese Endsumme könnte Gefahr laufen, als nicht genügend angesehen zu werden, denn während die Forderungen Frankreichs bekannt und die italienischen und belgischen Forderungen leicht zu berechnen sind, kennt man noch nicht die Forderungen Englands. Es wäre auch gar nicht zweckmäßig, wenn Deutschland eine Abschätzung seiner Zahlungsfähigkeit verlangt. Dagegen kann Deutschland ein Memorandum verlangen, aber die Militärs müssen während dieses Memorandums im Besitz des ganzen Ruhrgebietes bleiben und alle möglichen Einnahmen herausziehen. Unter diesen Vorbedingungen sind wir bereit, das Zahlungsangebot Deutschlands zu prüfen. Wir würden glücklich sein, wenn die Vorschläge Deutschlands die Grundlage zu einer Verständigung bilden würden.

Organisationen gegen die „Kontrollausschüsse“ und die „Betriebsrätekongresse“, die die Kommunisten als Exekutivorgane des Betriebsrätekongresses ins Leben rufen wollten, ausgesprochen. Wenn also die Sozialdemokratie es ablehnt, diesen jetzt gestellten vertriebenen Forderungen Folge zu leisten, so respektiert sie nur den Willen ihrer Mitglieder, hinter deren Zahl die der Kommunisten verläßt. Aber letzten Endes hat die SPD ihre übertriebenen Forderungen nur aufgestellt, um der Ablehnung durch die Sozialdemokratie sicher zu sein. In einem Augenblick, in dem es der sozialdemokratisch-kommunistischen Mehrheit des thüringischen Landtages endlich ermöglicht würde, sich nach dem früheren staatlichen Aufbau des neugeschaffenen Freistaates, dem wichtigeren inneren Aufbau, zuzuwenden, versagt die SPD ihre Mitarbeit und wird damit zum Totengräber der Arbeiterregierung, an der teilzunehmen man sie vergebens aufgefordert hat. Und weshalb das? Feigheit vor der Verantwortung, Liebe zum Radikalismus der Phrase, Rücksichtnahme auf die bisherige rein agitatorische Einstellung diktieren diesen „Arbeitervertretern“ ihre Haltung und lassen sie zu Zerstörern der proletarischen Landtagsmehrheit werden, die ohne weiteres auf der Grundlage eines gemeinsamen Programms eine Arbeiterregierung ermöglichte.

Danach ist also auch in Thüringen mit einer baldigen Regierungskrise zu rechnen. Wir möchten annehmen, daß die Kommunisten versuchen wollen ähnlich zu manövrieren wie in Sachsen. Namentlich die russischen Ratgeber der SPD, die in letzten Endes entscheiden, drängen dazu, daß die deutsche SPD, irgendwie unmittelbar politischen Einfluß bekommt, wozu die Unterdrückung der Landesregierungen als geeignetes Mittel angesehen wird. Zweifellos werden sie die thüringische Regierung stürzen und dann versuchen, eine „linkssozialdemokratische“ Regierung ins Leben zu rufen, die sie gnädigst gestatten werden, „unter dem Fallbeil“ ihrer im Wind und Wetter wirbelnden Parolen und Agitationsbedürfnisse zu arbeiten. Daß diese Taktik, deren Geschicklichkeit nicht zu verkennen ist, zumal Karl Radek sie in zweiter Auflage verbessert anwenden wird, auch für die Kommunisten ihre großen inneren Gefahren in sich birgt, ist nicht zu leugnen. Bei einer langen Lebensdauer einer solchen Regierung würde natürlich die Wirkung der Parole Arbeiterregierung sich gegen die kommunistischen Demagogen selber wenden und den Riß in der SPD, bedeutend vertiefen. Aber das ist nur die eine Seite dieses Experiments. Ob die thüringischen Genossen Reigung zeigen, nach den sächsischen Erfahrungen einen solchen Versuch zu wagen, wird natürlich sehr wesentlich auch von der sonstigen Entwicklung abhängen. Vorläufig scheinen uns solche Aussichten gering zu sein.

Die kommunistische „Rote Bauernschau“ in München ist neuerdings beschlagnahmt und für 4 Wochen verboten worden. Der verantwortliche Redakteur ist verhaftet. Der auf 8 Tage verboten gewesene „Völkische Beobachter“ ist gestern erstmalig wieder erschienen.

Das Ritter-Telegramm.

Ein großer Teil der bürgerlichen Presse hat es noch immer nicht über sich gebracht, durch Abdruck des Ritter-Telegramms keinen Lesern zu zeigen, wofür heutzutage in Deutschland ein Mensch zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt werden kann. Im April 1920 hatte Fehrenbach dieses Telegramm dem Schweizer Journalisten Bayot übergeben, ohne sich weiter darum zu kümmern, wo und wie dieser es verwerten würde. Das Telegramm erschien dann Ende April im Pariser „Journal“ und, aus diesem abgedruckt, noch in zwei anderen französischen Zeitungen. Das war, als die deutsche Friedensdelegation eben in Versailles angekommen war und die Ueberreichung des Vertrages nahe bevorstand.

Das Telegramm war vom 26. Juli 1914 datiert und enthielt eine Information des bayerischen Gesandten v. Ritter in Rom an seine Regierung in München über die Haltung des Papsttums im schwebenden österreichisch-serbischen Konflikt. Es ergibt, daß der damalige Papst und besonders sein Kardinal-Staatssekretär Merry del Val das energische Vorgehen Österreichs gegen Serbien für gerechtfertigt hielten. Danach hätte der Papst in diesem Konflikt, wenn auch in einem gewissen Abstand, eine ähnliche Haltung eingenommen wie die deutsche Regierung.

Auf den ersten Blick scheint es, als ob diese Veröffentlichung für Deutschland einen erheblichen Nutzen hätte bedeuten müssen. Denn die Auffassung des Auslandes, als ob jede Unterstützung Österreichs gegen Serbien ein entscheidendes Verbrechen gegen den Weltfrieden gewesen sei, konnte durch sie einen kräftigen Stoß erhalten. Der Hinweis darauf, daß der Papst, der für einen großen Teil der Menschheit die höchste moralische Autorität darstellt, damals eine ähnliche Haltung eingenommen habe wie die deutsche Regierung, konnte den Glauben an die vorläufige Entfesselung des Weltkrieges durch Deutschland wesentlich entkräften.

Wenn eine Ausnutzung des Ritter-Telegramms in diesem Sinne nicht erfolgt ist, so liegen die Gründe nahe genug. Zwar war seitdem auf dem päpstlichen Stuhl ein Wechsel eingetreten, trotzdem schien es möglich, den Papst in den damals noch heftigen Kampf um die Frage der Kriegsschuld hineinzuziehen. Heute, wo man einige Distanz zu den Dingen gewonnen hat, läßt sich viel ruhiger darüber reden. Und da erst vorgestern Herr Poincaré in der Pariser Kammer der deutschen Sozialdemokratie einen Vorwurf daraus gemacht hat, daß sie 1914 den Weltkrieg nicht verhindert, so sei beiläufig auch noch folgendes dazu bemerkt:

Die deutsche Sozialdemokratie hat alles in ihren Kräften stehende getan, um auf die deutsche Regierung einzuwirken, damit sie den österreichischen Einmarsch in Serbien verhindere. Sie hat diesen militärischen Einmarsch als ein Verbrechen bezeichnet und steht zu diesem Urteil noch heute. Wenn aber der Mann, der den militärischen Einmarsch in das Ruhrrevier auf dem Gewissen hat, heute der Sozialdemokratie Vorwürfe macht, weil sie nicht stark genug war, den Einmarsch in Serbien zu verhindern, so ist das zum mindesten eine argen Unvorsichtigkeit. Zwischen Österreich und Serbien handelte es sich nicht um unbezahlte Schulden, sondern um vergossenes Blut, Serbien wehrte sich und fand bei Frankreich und Rußland Hilfe. Nach der Moral des Herrn Poincaré scheint ein militärischer Einmarsch nur dann ein Verbrechen zu sein, wenn er auf einen Gegner trifft, der nicht entwaffnet und nicht isoliert ist.

Da die deutsche Politik auf die Verwertung des Ritter-Telegramms im Sinne einer teilweisen Entlastung Deutschlands von der Kriegsschuld verzichtete, blieb die Veröffentlichung ohne jedes feststellbare Wirkung. Sie blieb jenseits und diesseits beinahe unbemerkt — man hatte mehr zu tun, als sich um Vergangenes zu kümmern. Die Pariser Presse widmete ihr nicht einmal einen Kommentar. Nur so wurde die Poste möglich, die sich in der Münchener Justiztragödie ereignete: Das Volksgericht verbot die Veröffentlichung des Ritter-Telegramms, das 2½ Jahre zuvor in Paris veröffentlicht worden war, und tatsächlich erfuhr monatelang kein Mensch, was in jenem Telegramm gestanden hatte. Auch Spezialisten der auswärtigen Politik, Historiker, die sich mit der Erforschung der Kriegursachen beschäftigten, waren ohne jede Kenntnis jenes Gesandtschaftsberichts. So unbemerkt wie das Ritter-Telegramm bei seiner Veröffentlichung in Deutschland geblieben war, so unbemerkt blieb es auch, nachdem Fehrenbach wegen seiner Veröffentlichung zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war.

Aber indem das Volksgericht sich anmaßte, das Ritter-Telegramm der deutschen Öffentlichkeit vorzuenthalten, widerlegte es aufs schlagendste sich selber. Wie? Dieses Telegramm sollte über Deutschland unsägliches Ansehen gebracht haben eben dadurch, daß es veröffentlicht worden war, und kein Mensch in Deutschland konnte sich seiner erinnern? Das war doch ein offenkundiger Widerspruch.

Daß der behauptete schädliche Einfluß jener Veröffentlichung auf die Lage Deutschlands ein reines Phantasieprodukt gewesen ist, gibt auch der einzige politische Sachverständige im Fehrenbach-Prozess, Dr. Friedrich Thimme, zu, indem er in seinem Vorwort zu der mehrfach erwähnten Schrift des Kammergerichtsrats Freymuth den Kampf gegen das

Regierungskrise in Thüringen?

Nichts ist für die Kommunisten gefährlicher als ruhige Entwicklung. Sie ist ihnen verhaßt wie der Tod. Ihr Weizen blüht nur in der Hoffnung auf Konflikte und Unruhe. Zielbewußte Aufbauarbeit ist ihnen verhaßt, denn daran stirbt ihre demagogische Phrasenarbeit. Daher ihre ständige Sucht zur Erzielung neuer „Krisen“, die sie jetzt auch in Thüringen betätigen möchten. Es wird uns dazu aus Weimar geschrieben:

Seit einigen Tagen sind zwischen der Sozialdemokratie und den Kommunisten Verhandlungen geführt worden, um für den Freistaat Thüringen ein von beiden Parteien anerkanntes Programm für eine gemeinsame Regierungspolitik aufzustellen. Diese Verhandlungen sind jetzt infolge der Haltung der SPD gescheitert, so daß die seit längerem schleichende Krise zu einer offenen Regierungskrise geworden ist. Die Parteileitung der Sozialdemokratie hatte als Grundlage für die Verhandlungen ein Programm ausgearbeitet, das Vorschläge enthielt für Maßnahmen zum Schutze der Republik und der Arbeiterbewegung, zur wirksamen Bekämpfung des Wuchers, für eine Amnestierung der Opfer der Klassenjustiz und vor allem zur Errichtung einer Arbeiter- und Angestelltenkammer als Interessenvertretung für die Arbeitnehmerschaft des Landes Thüringen. All diese Vorschläge fanden vor den Augen der Kommunisten, die allerorts nach der Arbeiterregierung schreien, die sie in Thüringen haben und mit ausgestalteten können, keine Gnade. Denn sie wollten auch hier die Dinge „weitertreiben“. Daher erklärte ihre Verhandlungskommission, daß die Vorschläge der Sozialdemokratie nicht nur keine Grundlage für eine Arbeiterregierung Thüringens bilden, sondern daß sie auch keine genügende Grundlage zu einer ferneren Unterfütterung einer sozialdemokratischen Regierung darstellte. Außerdem sei es für die SPD unmöglich, auf der von uns vorgeschlagenen Grundlage die gegenwärtige Regierung weiter zu unterstützen, da die elementarsten Forderungen der proletarischen Klasse abgelehnt werden.

Was aber befehlen diese „elementarsten Forderungen“, die die Kommunisten vertreten? Sie verlangen den Betriebsrätekongress, der dazu berufen sein soll, das „Programm der Arbeiterregierung“ zu schaffen, Befehlsvorschlüsse zu machen und die Massen für deren Durchführung zu mobilisieren. Die so vorbereiteten Befehle sollen dem Landtag dann aufzuzwingen werden. Daneben soll der Konreß die Regierung kontrollieren. Dabei ist der vom kommunistischen Betriebsrätekongress im Herbst 1922 geschaffene „Landesausschuss der Betriebsräte und Kontrollausschüsse“ so möglich zusammengebrochen, doch schon vor Wochen sein Sekretariat einging. Auf der anderen Seite hatte feinerzeit die Konferenz der Ortsausschüsse des DGB mit über 70 Proz. der vertretenen Mitgliedschaften den Betriebsrätekongress abgelehnt. Darin sprach sich die Meinung und der Wille von rund 200 000 der 250 000 freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter des Landes aus, während die 10 000 organisierten Kommunisten Thüringens kaum ins Gewicht fallen. Ebenso scharf haben sich überall die sozialdemokratischen

Münchener Fehurteil für eine sittliche Pflicht erklärt und weiter sagt:

Solche sittliche Pflicht empfinde ich um so gebieterischer, weil meine Sachverständigenausgabe im Feschenbach-Prozess, obwohl sie durchweg den Auffassungen des Gerichts scharf entgegenstand, in einem Punkte doch zugunsten des Angeklagten ins Gewicht gefallen ist. Es betrifft das die Veröffentlichung des Ritter-Telegramms, zu der Feschenbach die Hand geboten hat, das Wohl des Deutschen Reichs oder eines deutschen Bundesstaats geschädigt hat oder auch nur hat schädigen können. Bei meiner gerichtlichen Vernehmung habe ich die Möglichkeit nicht von der Hand weisen zu können geglaubt, daß die Bloßstellung der Kurie infolge der Veröffentlichung etwaiger deutschfreundlicher Pläne oder Aktionen des päpstlichen Stuhles, wie sie im Frühjahr 1919 in weiten Kreisen des deutschen Volkes erhofft und erwartet wurden, lahmlegen könnte. Seither habe ich mich aber durch eingehende und gewissenhafte Nachforschungen vergewissert, daß die Kurie zur Zeit der Veröffentlichung des Ritter-Telegramms, im Frühjahr 1919, schlechterdings gar nicht in der Lage war, irgendeine deutschfreundliche Aktion, sei es in bezug auf die damals schwebenden Friedensverhandlungen, sei es in bezug auf die Ernährungsfrage, mit Aussicht auf Erfolg einzuleiten, geschweige denn durchzuführen, und daß somit der Verfasser dieser Broschüre im Recht ist, wenn er die Stützbarkeit meiner Sachverständigenausgabe vor Gericht in diesem Punkt bemängelt.

Wenn aber im April 1919 keinerlei Möglichkeit für die Kurie vorlag, erfolgreich zu Deutschlands Gunsten bei der Entente zu intervenieren, so hat die Veröffentlichung des Ritter-Telegramms auch nicht das Wohl des Deutschen Reichs oder eines deutschen Bundesstaats schädigen können. Ich sehe ein besonderes Verdienst der vorliegenden Broschüre darin, daß sie die öffentliche Aufmerksamkeit scharf auf diesen Kernpunkt lenkt, als es bisher geschehen ist. Nunmehr muß auch der letzte Zweifel schwinden, daß die aus der Veröffentlichung des Ritter-Telegramms abgeleitete Beurteilung Feschenbachs wegen vollendeten Landesverrats ein schweres und unerträgliches Fehurteil vorstellt, das irgendwie, und sei es auch nur auf dem Wege der Begnadigung Feschenbachs, wieder gutzumachen ist.

Damit ist auch die letzte Stütze des Urteils zusammengebrochen. Inzwischen hat aber auch bekanntlich ein Unterausschuß des Reichstagsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten das Feschenbach-Urteil in bezug auf seine politischen Grundlagen nachgeprüft. Leider hat man das Ergebnis dieser Nachprüfung der Öffentlichkeit vorenthalten. Diese aber hat ein Recht zu erfahren, wie die vom Auswärtigen Ausschuss eingesetzte Sachverständigenkommission über die politischen Konstruktions des Münchener Zuchthausurteils denkt, sie hat ein Recht zu verlangen, daß mit der Geheimnisträmerie ein Ende gemacht wird.

Vom Reichstag muß aber mehr verlangt werden. Es muß von ihm verlangt werden, daß er den Weg findet, auf dem das verlebte Recht wieder hergestellt werden kann. Man soll uns nicht mit Rücksichten auf den Vatikan kommen, die ja nach der wiederholten Veröffentlichung des Ritter-Telegramms sowieso gegenstandslos geworden sind, noch weniger mit Rücksichten auf bayerische Empfindlichkeiten. Denn kein anständiger Mensch kann wünschen, daß ein Unschuldiger im Zuchthaus sitzt.

Ein verfehlter Angriff.

Das Organ Stegerwalds, „Der Deutsche“, veröffentlicht einen Artikel aus dem Ruhrgebiet, aus dem hervorgeht, daß auch in den Kreisen der in den christlichen Gewerkschaften organisierten Arbeiter eine außerordentlich starke Mißstimmung besteht, die nach den Angaben des Gewährsmannes ihre tiefere Wurzel in der verfehlten Lohnpolitik der Reichsregierung, in der „geradezu katastrophalen“ Haltung eines großen Teils der Arbeitgeber und in dem „rücksichtslos wucherischen“ Gebaren des Kleinhandels hat.

„In den arbeitenden Massen,“ so heißt es in dem Artikel, „ist eine solche Enttäuschung und Erregung über

die mangelhafte Steuerpolitik der vergangenen vier Jahre vorhanden, daß sie einmal zu einer Entladung kommen mußte.“

Damit bestätigt „Der Deutsche“, was an dieser Stelle über die Ursache der Unruhen im Ruhrrevier von vornherein gesagt wurde. Auf der anderen Seite legt der Artikel den kommunistischen Wühlereien eine größere Bedeutung bei, als wir es zu tun vermögen. Gänzlich fehlt geht der Gewährsmann des „Deutschen“, wenn er die Behauptung aussprechen zu dürfen glaubt, daß der preussische Innenminister Seevering die Bildung von proletarischen Hundertschaften dulde. Minister Seevering hat das Gegenteil des öfteren aufs schärfste betont, und der Gewährsmann des „Deutschen“ muß selbst zugeben, daß an der Grenze des Ruhrgebiets die notwendigen Maßnahmen getroffen worden sind. Wenn im Ruhrgebiet selbst proletarische Hundertschaften aufgetreten sind, so ist es eine gerade für einen Beobachter aus dem Ruhrgebiet lächerliche Haltung, dafür den preussischen Innenminister haftbar zu machen, nachdem durch französische Maßnahmen die Schutzpolizei aus dem Ruhrgebiet entfernt und der anarchistischen Bewegung der Boden bereitet worden war. Wenn der Gewährsmann aus dem Ruhrgebiet auf Grund von Gesprächen mit Kommunisten nun gar behauptet, „daß auch in Berlin mit einer angeblichen Zustimmung der sozialdemokratischen Partei in den östlichen und nördlichen Vororten bereits Hundertschaften gebildet sind“, so müssen wir uns über seine Leichtgläubigkeit doch ein wenig wundern. Zu was soll eine derartige Gerücheltätigkeit, die mit unbewiesenen und 3. T. unsinnigen Behauptungen operiert, dienlich sein!

Die „Deutsche Tageszeitung“ gibt darauf Antwort. Ohne auf den wahren Inhalt des Artikels einzugehen, zieht sie die Stellen aus, die in den Rahmen ihrer Hege gegen Seevering passen und behauptet, nun auch im „Deutschen“ einen Bundesgenossen gefunden zu haben. Ist das so? Die Ausgabe des „Deutschen“, in dem der Artikel aus dem Ruhrgebiet veröffentlicht wurde, erschien unseres Wissens am Mittwoch nachmittag. Die „Deutsche Tageszeitung“ war bereits am Mittwochabend in der Lage, den Beitrag für ihre Zwecke zu gebrauchen. Bereitet sich etwa hier hinter den Kulissen zwischen dem Organ Stegerwalds und dem Organ Hergts für eine kommende Landtagsession eine stille Kampfgenossenschaft vor? Die Taktik der „Deutschen Tageszeitung“, die nach der Volkspartei und dem Zentrum ihre Angehörigen auswirft, ist jedenfalls durchsichtig.

Völkische unter sich.

England wirbt um die Volkspartei.

Die Völkischen verstehen es bekanntlich ausgezeichnet, nicht nur gegen Andersdenkende, sondern auch ihrgleichen zu intrigieren. Einen neuen Beweis dafür liefert die Deutschnationale Partei Münchens, die aus durchsichtigen Gründen einen Brief ihres ehemaligen Vorsitzenden, des jetzigen Deutschnationalen Herrn v. Englander der Öffentlichkeit übergibt. Der Brief ist vom 6. Juni 1922 datiert und an den Führer der Deutschnationalen Partei Hergt gerichtet. Er enthält folgenden Vorschlag:

„Es gilt jetzt als praktische Politiker das Beste aus den Vorgängen nach dem Rathenau-Morde zu machen. Damit aber zur Herrschaft kommen wollen und dazu stärkere Kräfte brauchen, als sie unsere an Zahl und Tatkraft verminderte Partei besitzen wird, müssen wir die Einigung nach links suchen. Diese Einigung muß, wenn sie wirksam sein soll, zur vollkommenen Verschmelzung mit der Deutschen Volkspartei führen. Das geht nicht ab ohne schwere Einbuße an unseren Hoffnungen, auch nicht ohne weitere Einbuße einzelner Anhänger. Stresemann wird einen großen Triumph erleben, denn seine Politik erscheint gerechtfertigt. Unsere Hoffnung aber muß es sein, daß wir in der neuen Partei der Sauerreig sein werden. Die Gesamtlage

Deutschlands ist so, daß diese Verschmelzung sofort durch vertrauliche Verhandlungen eingeleitet werden muß.“

Es ist uns nicht bekannt, ob die Deutschnationale Partei diesem Vorschlag je nähergetreten ist. Er zeigt aber recht gut, wie es um die Ueberzeugungstreue völkischer Führer in der Stunde der Gefahr bestellt ist. Die Parteileitung der Deutschnationalen in München schließt die Veröffentlichung des Briefes mit den Worten: „Diesem Brief ist weiter nichts hinzuzufügen, da er sich und den Politiker, der ihn geschrieben, selbst charakterisiert.“ Das ist richtig. Aber ebenso charakteristisch ist es, daß eine deutschnationale Parteileitung einen vertraulichen Brief ihres früheren Vorsitzenden veröffentlicht, um ihn bloßzustellen.

Ein Unschuldengel.

Zu dem Freispruch des Leutnants Heines, der wegen Beteiligung an dem Sturm auf das Münchener Hotel Grinwald vor dem „Volksgericht“ angeklagt war, erfahren wir folgendes: Der Name Heines weckt alte Erinnerungen. Als im Jahre 1921 nach dem Ende des oberbayerischen Abenteurers die Koffbach-Banden sich marodierend und skandalisierend über Mittelböhmen ergoffen, tauchte auch im Kreise Steinau ein Trupp auf, der unter Führung eines Leutnants Heines stand. Um ihre Waffen behalten zu können, wollten sich die Koffbacher von den Großgrundbesitzern des Kreises als Feldhüter usw. einstellen lassen. Eine Nachprüfung durch das Landratsamt ergab jedoch, daß die in Vorschlag gebrachten Feldhüter zum großen Teil schwer vorbestrafte Individuen mit langjährigen Gefängnis- und Zuchthausstrafen waren. Infolge der Uebergriffe der Koffbacher gab es mehrfach Raubereien mit der organisierten Arbeiterschaft. Aus einer Versammlung der Gewerkschaften in einem Hauptort des Kreises, die die Koffbacher zu sprengen beabsichtigten, wäre fast eine große Schlägerei entstanden, die nur durch das persönliche Eingreifen des republikanischen Landrats v. Wedel verhindert wurde. Auf dem Rückwege von der Versammlung wurde der Landrat jedoch auf der Landstraße von einem Trupp Koffbacher bedroht, der unter dem Befehl des genannten Leutnants Heines stand. Nur dem Umstand, daß im letzten Augenblick eine Anzahl heimkehrender Arbeiter dazwischen kam, war es zu verdanken, daß der Landrat nicht schwer mißhandelt wurde. Starke Wahrscheinlichkeitsgründe sprechen dafür, daß dieser Leutnant Heines mit dem in München freigesprochenen identisch ist. Und das würde ja immerhin ein harter Beweis für seine gänzliche „Schuldlosigkeit“ an den Münchener Tumulten sein.

Ein Truhbündler vor Gericht.

Leipzig, 30. Mai. (W.B.) Vor dem Staatsgerichtshof wurde heute die am Sonnabend vertagte Verhandlung gegen den früheren Hauptgeschäftsführer des Deutschnationalen Schutzbundes, Alfred Roth, wegen Beleidigung des Reichsministers Rathenau und Aufreizung zum Klassenhaß fortgesetzt. Roth hatte in einer Rede in Stettin am 8. Mai v. J. Rathenau u. a. als „Kandidaten des Weltjudentums“ bezeichnet und ihm vorgeworfen, daß er auf die Volkshewisierung Deutschlands hinarbete. Der Oberreichsanwalt ließ die Anklage wegen Aufreizung zum Klassenhaß fallen und beantragte wegen Beleidigung eines Mitgliedes der Reichsregierung eine Gefängnisstrafe von 8 Monaten, eine Geldstrafe von 100 000 Mark sowie die Publikationsbefugnis in einigen Stettiner und Berliner Blättern. Die Fortsetzung der Verhandlung findet morgen statt.

Der rote Terror in Georgien. Ähnlich wie aus Kroatien gemeldet, daß in Georgien 15 Hinrichtungen wegen einer gegenrevolutionären Verschwörung erfolgten. Unter den Verschwörern hätten sich Menschwisten und weißgardistische Generale befunden, die auch Verbindung mit englischen Offizieren hatten. In Berliner georgischen Kreisen wird darauf hingewiesen, daß diese Hinrichtungen nur eine Episode in dem Terroristischem darstellen. Seit Mitte Februar dieses Jahres seien in Georgien 300 Personen hingerichtet worden. Die sozialistischen Elemente Georgiens seien im übrigen Segner jeder ausländischen Bewegung.

Das republikanische Rothenburg.

Von Fritz Müller, Chemnitz.

Ort: Ein altertümliches Wirtshaus in Rothenburg o. T.
Zeit: Ein Abend in der Pfingstwoche 1922.
Personen: A., B., C., rechtsgerichtete Freunde.
R., W., meine Benachteiligten.

A.: Das waren herrliche Zeiten!
B.: O, wenn es doch wieder so würde, wie es vor hundert Jahren war!
C.: Hier in diesem Ort ist der Rahmen noch der alte geblieben!
Wäldliche Zustände, von denen hier jeder Stein redet!
R.: Das stimmt! Beim Rathaus hängt es gleich an.
B.: Wie meinen Sie das?
R.: Nun, schon wenn man hereinkommt und blüht durch die Bindungen der Wendeltreppe, so sieht man hoch oben einen alten Reichsadler.
A.: Einen alten Reichsadler und nicht den neuen, der wie ein Pleitegeier aussieht!
R.: Wissen Sie auch wie der alte Adler aussieht?
C.: Nein.
R.: Schwarzrotgold!
B.: Das ist weniger angenehm!
C.: Umso erfreulicher aber ist es, daß der Saal im zweiten Stockwerk Kaisersaal heißt.
R.: Und in diesem Saal kam die Bürgerschaft alljährlich zusammen. Wissen Sie, wann es war?
A.: Nein.
R.: Am 1. Mai!
B.: Damals gab's doch noch keine roten!
R.: Nein, es waren brave Bürger. Trotzdem aber versammelten sie sich jedes Jahr am 1. Mai und leisteten einen Eid!
A.: Das ist recht! Damals galt ein Eid noch etwas.
C.: Damals hieß es: Ein Mann, ein Wort!
R.: Wissen Sie auch, wenn die Bürgerschaft den Eid leistete?
B.: Wahrscheinlich dem Landesfürsten!
R.: Nein, Rothenburg war freie Stadt.
C.: Dann dem Kaiser!
R.: Nein, in dem Führer, den Sie vor sich liegen haben, können Sie es lesen. Hier — auf Seite 44 — steht: Hier leistete die Bürgerschaft alljährlich am 1. Mai den Eid auf die Republik!
A.: Verdammte Bande, diese Rothenburger!
B.: Das hätte ich der Gesellschaft nicht zugehört!
R.: Das ist doch ganz selbstverständlich; denn die freien Städte hatten republikanische Verfassungen!
C.: Ach so!
R.: Da Sie einmal den Führer aufgeschlagen, will ich Sie auf noch etwas aufmerksam machen. Sie wünschten doch vorhin, die Zeiten von damals sollten wiederkehren. Suchen Sie doch bitte einmal, was der Führer auf Seite 2 über den Faulturn schreibt!

A. (liest): „Unter den zahlreichen Tümen . . . fällt uns der gewaltige Faulturn auf. In den tiefen Vertiefungen desselben fanden, wie es heißt, die Verräter an der Republik ein schreckliches Ende.“

R. u. C.: (werden sprachlos).
R. W.: Schwarzrotgoldener Reichsadler, Feier des 1. Mai, Eid auf die Republik — das waren herrliche Zeiten. Verräter an der Republik finden ein schreckliches Ende — wenn es doch wieder so würde! — Empfehle mich, meine Herren, guten Abend! —

Der Streit um das Kroll-Theater.

Zu der Frage des Kroll-Theaters hat sich nunmehr der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung in einer dem Preussischen Landtag überreichten Denkschrift vom 28. Mai 1923 geäußert. Der Minister geht davon aus, daß die preussische Regierung mit der Uebernahme der beiden früheren Hoftheater in staatliche Verwaltung die Pflicht übernommen habe, viele Anstalten als Musteranstalten der Kunst zu erhalten, und die in ihnen zu pflegende Kunst immer mehr den breiteren Volksschichten zugänglich zu machen. Es wird dargelegt, daß sich die Ingebrauchnahme des Kroll-Theater durch die Staatsoper immer mehr zur unbedingten, schließlich sogar zu einer Existenzfrage für die Staatsoper gestaltet hat; zunächst in rein technischer Hinsicht, da die Staatsoper wegen des Mangels an Probebühnen und Proberäumen sowie mit Rücksicht auf ihre veralteten und verbrauchten technischen Einrichtungen das mit allen technischen Hilfsmitteln der Kunst ausgestattete Kroll-Theater in ihrem eigenen Betriebe nicht entbehren kann; sodann in wirtschaftlicher Hinsicht, weil die Staatsoper zahlreiche außerordentliche Maßnahmen zur Erhöhung ihrer Einnahmen sich verschaffen muß, um jetzt und für die Zukunft ein allzu starkes Anwachsen des Zuschußbedarfs zu verhindern. Die geplanten Berliner Opern- und Musikwachen, eine etwaige Verlegung der Sinfoniekonzerte in das Kroll-Theater, die Gesamtaggspiele der Staatsoper im Ausland, die dadurch notwendige Verstärkung des Personal, vor allem aber die Notwendigkeit des Umbaus werden in diesem Zusammenhang als Beispiele angeführt; schließlich in künstlerischer Hinsicht, da gerade die Umschichtung der Besucherkreise der Staatsoper und die dadurch herbeigeführte Einschränkung des Spielplans eine Betriebserweiterung notwendig erscheinen lassen, durch die es möglich ist, alle künstlerisch wertvollen Werke der gesamten Opernliteratur, z. B. auch wieder die Spieloper, ohne Rücksicht auf die Kasse, zu geben. — Die Denkschrift weist nach, daß durch die mit der Volksbühne geschlossenen Verträge auch das Interesse der Volksbühne gleich den staatlichen Interessen durchaus gewahrt ist. Es geht von der Ueberzeugung aus, daß auch die Volksbühne der Vorstellungen der Staatsoper im Kroll-Haus für den Fortbestand und die Erhaltung ihrer Mitgliedschaft unbedingt bedarf.

Auch auf die Entwicklung der Großen Volksooper geht die Denkschrift näher ein. An Hand von Rundgebungen der Volksooper wird gezeigt, daß dieses Unternehmen sich anfänglich als Erweiterung und Hilfsanstalt für die Staatsoper in dem Sinne gezeigt habe, daß es die Besucherorganisation für eine verkrei-

ternde Volksooper schaffen wollte, so daß die Vertreter der Volksooper im März 1921 erklärten, nach Fertigstellung von Kroll auf eine andere als eine rein organisatorische Tätigkeit im Dienste der Volksooper verzichten zu wollen. Es wird weiter gezeigt, wie sowohl die staatliche Kunstverwaltung als auch die Staatsoper der Großen Volksooper jede auch denkbar praktische Förderung und Hilfe zuteil werden lassen, bis zu dem Zeitpunkt, wo staatslicherseits die Entwicklung der Großen Volksooper nicht mehr als gebührend erachtet werden konnte, vor allem deshalb nicht, weil die Entwicklung der Volksooper den an eine Volksooper zu stellenden Anforderungen des volkstümlichen Charakters nicht entsprach und auch die notwendigen wirtschaftlichen Garantien nicht bietet. Demgegenüber soll der Betrieb der Großen Volksooper durch die Staatsoper der einer wahren Volksooper sein.

„Elektra“ in der Staatsoper. Man hat das Wort in der Staatsoper lange nicht gegeben. Jetzt zu Ehren eines Gastes, brante die glühendste und prunkendste Partitur von Richard Strauss wieder heftig in unser Bewußtsein. Das Rot leuchtet wie beim ersten Hören, der Sturm der Musikgeister jagt ergrimmt über uns her, und nur leise senkt sich ein Staub auf die musikalische Idee und auf die weichelungenen, wenigen lyrischen Einfälle der Begegnungsszene mit Orest. Schillings gerät in Wärme. Frau Gutheil-Schoder wird zum großen Erleben. Ein Gorgonenhaupt, möglichst lächelnd und in den Augen visionäre Verklärung. Man fühlt: der Blick dieser verdorneten und verhärmten Tochter dringt durch den Geheimnissticker des Lebens auch bei der mörderischen Mutter. Man weiß: sie wird Bruder und Schwester hypnotisieren bis zum Rot der graupigen Tot. Ihr Schreiben ist geisterhaft, ihr Kampf Verzückung und Wahnsinn, das Erleben der Arme zum Fluch oder Göttergebet von antiker Einfachheit. Sie mischt in der Mimik ganz große, griechische Bewegung mit neuem Spiel des Körpers und der Sinne. So steigert sie die Raseri des ganzen Werks zu schauvölkischen Höhepunkten von Riesenschwung, von unentrinnbarem Schicksal. Der Schrei entgleitet ja manchmal, aber im Ansehen der Stimme, im Schwellen und Zerschellen der Töne bleibt sie, die Charakteristikerin, wundervoll. Jeder Zoll an ihr gebunden an ein Schicksal, gefesselt und getrieben von der menschlich-unmenschlichen Aufgabe. Ihr Lob erweist Mitleid, die Ermordete, nicht die Mörderin hat recht, selbst wenn eine so ausgiebige Kraft wie die der Arndt-Ober der Altägypter eine heroische Wesen, prachtvolle Musikalität leiht, und eine naturhaft treibende Chrysothemis (Klepper) das Weib in erdennaher Atmosphäre zeigt. Die Szene war geladen vom Blut und vom Geist des berühmten Wiener Gastes. K. S.

Kretraus. Nach zum Schluß der Saison haben die marionettierten Künstlerinnen des Tanzes sich bei uns wie zu einer verfallenden Schau eingestellt: Mary Wigman, Riddy Impekoven, die Korovina. Mary Wigman hat ihre Wurzeln in der Volksbühne aufgeföhrt Gruppentänze in der Philharmonie wiederholt und durch die einzigartige dramatische Wucht, innere Befestigung und vollendete Stille neue Eroberungen für die Idee der höchsten Tanzart gemacht und vielen ein tiefgehendes Erlebnis bereitet. Lieblicher, milder, wie eine Fee des Tanzes, erfreute uns wieder — in einer Veranstaltung des Staatstheaters die Ruhrhilfe — Riddy Impekoven. Sie ist die idealste Verkörperung des Geistes der Russi. Sie überlegt die Musik mit ganz ungewöhnlicher Schwel-

Streikabbruch im Ruhrgebiet.

Dortmund, 30. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Langsam nimmt die Besserung der Lage im Ruhrgebiet an Umfang zu. Im Landkreise Dortmund wird bereits seit Mittwoch auf der Mehrzahl der Zechen wieder gearbeitet, in Hörde und dessen Landkreis ist die Arbeit ebenfalls wieder aufgenommen. Auch in den Landkreisen Hattungen und Gelsenkirchen ist der Streik mit Ausnahme von kleinen Teilstreiks beigelegt. In Witten sind die Streikenden am Mittwoch morgen vollzählig mit Ausnahme eines Betriebes wieder zur Arbeit angetreten. Verschlechtert hat sich die Lage nur im Bezirk Hamm, wo die Belegschaften der Zechen Herne III, Königsborn 2, 3 und 4, de Wendel und Hellwig, ebenso wie in Wattenfeld wider Erwarten nicht zur Arbeit angetreten sind.

Die allgemeine Wiederaufnahme der Arbeit hat ihre wesentliche Ursache in der 50prozentigen Erhöhung der Bergarbeiterlöhne. Schon daraus ergibt sich, daß die Aufstände weniger infolge der kommunistischen Hege als

durch die allgemeine wirtschaftliche Not entstanden

sind. Daß nach der 50prozentigen Lohnerhöhung die Aussichten für eine Weiterführung des Streiks äußerst schlecht sind, sehen jetzt auch die Kommunisten und Unionisten ein. In Bochum fordern z. B. auch die Unionisten zur Beilegung des Streiks und zur Wiederaufnahme der Arbeit durch Palate auf. Das gleiche geschah an einer ganzen Reihe anderer Orte. Nur vereinzelt wird versucht, die Streikenden weiterhin von der Arbeit abzuhalten. Hierbei spielen in der Hauptsache agitatorische Gründe mit. Die Kommunisten versuchen die Unionisten in der Agitation zu überbieten, und andererseits stellt die Union alles an, um die kommunistische Führung herabzusetzen oder ihr dort, wo der bewaffnete Kampf blutig und erfolglos verlief, die Schuld in die Schuhe zu schieben. Beiden Richtungen

fehlt die einheitliche Führung.

Jede Ortsgruppe macht, was ihr beliebt und was sie nach eigenem Gutdünken für notwendig hält. Erst durch die Wirkung ihrer Strategie werden sie langsam klug. In Essen wurde z. B. von einem kommunistischen Kontrollauschuß durch Gewalt vorübergehend eine erhebliche Preisentwertung vorgenommen. Derselbe Kontrollauschuß mußte jedoch nach 48 Stunden die gewaltsam gesenkten Preise ganz erheblich wieder erhöhen, nachdem er zu der Einsicht gekommen war, daß seine Methode unzumutbar war. In Gelsenkirchen wurde der Verkauf von Waren zum Einkaufspreis mit dem Erfolg durchgeführt, daß sich von auswärts Leute einstellten und billig einkauften, die im Besitz von Geld waren, während die wirklich notleidende Bevölkerung von der gewaltsamen Preisherabsetzung nichts profitierte, da sie durch die fanatischen Streiks ohne Bargmittel war.

Die direkte Beteiligung einzelner maßgebender Ruhrkommunisten an der Anarchie der letzten Tage ist nicht abzuleiten. Für ihr Verhalten aber die gesamte kommunistische Partei verantwortlich zu machen, wäre unecht. Es gibt auch im Ruhrgebiet viele Kommunisten, die die Hege ihrer directionslosen Parteigenossen entschieden verurteilen und von dem, was einzelne ihrer Glaubensvetter getan haben, weit abrücken. Besonders reger war die kommunistische Zeitung des Bezirks Bochum an dem Aufruhr beteiligt. Unsere Bochumer Genossen stellen fest, daß neben der Streikleitung in diesem Bezirk

auch eine unionistisch-kommunistische Kampfleitung

bestanden hat. Ihr sind in der Hauptsache die Angriffe auf die einzelnen Zeitungen, der gewaltsame Sturm auf die Feuerwehreinrichtungen und Ordnungsmannschaften, das Vertreiben Hunderte von Arbeitern von ihren Arbeitsstätten usw. zuzuschreiben. Aber auch andere Elemente waren beteiligt. In Bochum wurde z. B. außer einer ganzen Reihe von Verbrennungen ein 20jähriger Arbeiter festgenommen, der sich zu einer kommunistischen Hunderthschaft zählte, gleichzeitig aber im Besitz eines Mitgliedsbuches einer katholischen Arbeitervereinigung war.

samtzeit des ganzen Körpers, vor allem mit einer aufs höchste entwickelten Ausdrucksform der Arme und Hände wie lebende, bewegte Bilder. In ihr ist soviel Melodie und innige Anmut, so überschäumende Fröhlichkeit und schalkhafte Komik, daß man ihrer immer wieder froh wird. Wie ungemein das ganze Wesen des Tänzer bei uns verinnerlicht und aus einer bloßen Akrobatik zu einer wirklichen Kunst erhoben ist, das wird so recht klar, wenn man ihn mit der früheren Ballettausbildung vergleicht. Gelegenheit dazu bot ein Tanzabend der nordischen Tänzer Lage Kaemp und Katja Lindhards im Blüthenaal. Beide sind gewiß in Kopenhagen und Helsingfors repräsentative Vertreter ihres Fachs und beide verstehen die Kunst der alten Schule. Aber wie leer und verbraucht kommt uns das alles vor, wie wenig Eigenes und Gestaltetes ist in diesen Majurken und Zigeunertänzen. Nur einmal in den russischen Tänzen brach etwas Kraftvolles und Elementares hervor. Keine Tänzerin, aber eine große (lautlose) Darstellerin, eine Pantomimistin von höchster Qualität ist Marie Gutheil-Schoder. Als Poliphar in der Josephslegende offenbart sie in der Staatsoper, wie eine große Sängerin auch ohne den Zauber ihrer Stimme durch das bloße Spiel der Miene und in dem Ausdruck des von Affekten erregten Körpers ihre starke Künstlerkraft erweisen kann. Wie sie aus der Starrheit der Langeweile durch den Anblick Josephs nach und nach zur Neugierde, zur Teilnahme, schließlich zur lässigen Hingabefähigkeit aufwacht, wie sie den Geliebten mit den Händen umkost und wie eine Flamme umlodert, wie sie schließlich verschmäh die Rache dirigiert, das ist unergleichlich.

Eine Alpenreise in der Urania. Alpenreisen waren für die große Rolle auch in den Vorkriegsjahren ein Ziel, das nur wenige einzelne etwa in der Handwerksburschenzeit erreichten. Heute sind sie für fast alle eine fagenhafte Angelegenheit. Um so dankbarer muß man daher der Urania sein, die es uns so spielend leicht macht, den schönsten Teil der Schweizer Alpen, das Berner Oberland, in prächtigen, zum Teil farbigen Lichtbildern und zum Teil an der Hand des Films kennen zu lernen und bequem zu genießen. Herr R. Kranz machte den Führer, führte uns zunächst im Film den stimmungsvollen Auszug der Helveten vor und machte uns dann in Wort und Bild mit dem neuesten Alpendurchschnitt: der Rätischbergbahn bekannt, die den direktesten Zugang von Norden ins Rhodetal, zum Simplotunnel und damit nach Italen vermittelt. Eine Reihe reizvoller Ortsschaften, herrliche, von majestätischen Bergen umschlossene Seen zogen an unserem Auge vorüber. Mit der alten Post ging's über die Grimsel nach Weiringen, nach der Rosenlalm und hinauf mit der Bergbahn auf den Brienzner Rothorn. Das unvergleichlich gelegene Interlaken, die Perle der Schweiz, die Höhepunkte europäischer Landschaftsschönheit: das Lauterbrunner Tal, die Wengernalp, die Scwidegg werden besucht; die Jungfrauabahn vermittelt einen Luftzug in die Regionen des ewigen Schnees, in die Erhabenheit der Farnenwelt. Ein Besuch des Grindelwaldgletschers und ein schwindelerregender Aufstieg zum Wetterhorn beschloßen die schöne, billige und müdeleise Alpenreise.

Ein Rebel-Chor. Paul Bätliner, der als Komponist und Solaliedermann in der Musikwelt wie in den Kreisen der Arbeiterklasse gleich geachtete Meister, verheiratet lebend im Vorabend von A. Wänther, Dresden, einen Männerchor: „Zu Rebels Grad“ nach einer Dichtung von Edgar Steiger. Die wenig komplizierte Führung der Stimmen ermöglicht auch kleineren Chören eine erfolgreiche Aufführung.

Die jetzt in die Wege geleiteten gerichtlichen Verhandlungen gegen die Führer des Aufruhrs werden über den Ursprung der Bewegung an der Ruhr und über die Mittel, die zu diesem Zwecke angewandt wurden, sicherlich noch nähere Aufklärung schaffen.

Daß die Franzosen ihre Hand im Spiele haben, ist kaum noch zu bezweifeln.

Gibt doch selbst die französische Presse dafür ganz bestimmte Anhaltspunkte. Aber auch andere Anzeichen sprechen dafür. Am Dienstagabend fand in Hörde eine Streikversammlung statt, in der die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen wurde. Ein führendes Mitglied der Kommunisten, Seich, führte in dieser Versammlung aus, daß vor 14 Tagen in Dortmund im Neiradbuschhof in einer kommunistischen Funktionärerversammlung ein Redner namens Schleiber aus Berlin erklärt habe, daß er mit den Franzosen über ganz bestimmte Fragen verhandelt habe. Nach seinen weiteren Angaben

Das Angebot der Industrie ist der Dolchstoß gegen die Republik und gegen die Errungenschaften der Revolution. Dieser Angriff muß unter allen Umständen abgewehrt werden. Zu diesem Zwecke beruft der Bezirksverband Berlin der VSPD. für Dienstag, den 5. Juni,

Öffentliche Volksversammlungen ein, die zu einer eindrucksvollen Kundgebung werden müssen.

hat ein französischer General an die SPD. das Ansuchen gestellt, im Ruhrgebiet die Räterepublik auszurufen. Die kommunistischen Unterhändler sollen sich hiermit unter der Voraussetzung einverstanden erklärt haben, daß die Franzosen Maschinengewehre und Munition zur Verfügung stellen. An dieser Forderung sollen dann später die Verhandlungen mit den Franzosen gescheitert sein. Seich wurde in der Versammlung dreimal gefragt, ob das, was er sage, richtig sei. Er antwortete jedesmal: „Ja, das stimmt!“

Sollen die blutigen Ereignisse für die Zukunft verhindert werden, dann muß vor allem dafür gesorgt werden, daß die Arbeiter wenigstens das Notdürftigste zum Lebensunterhalt erhalten. Es ist schon eine Zumutung, die ihresgleichen sucht, wenn auf der einen Seite der Dollar fortgesetzt steigt und mit ihm die Lebensmittelpreise in die Höhe gehen, ohne daß aber auch nur das geringste getan wird, um für die Arbeiterschaft das tägliche Brot durch Lohnerhöhungen sicherzustellen. Auch die jetzt erfolgte Erhöhung für die Bergarbeiterschaft kann mit Rücksicht auf den rapiden Sturz der Mark nur als vorläufig betrachtet werden. Darüber herrscht im Ruhrgebiet innerhalb der Arbeiterschaft nur eine Auffassung. Es muß deshalb schnell und ausreichend — entweder für eine Verbilligung der Lebensmittel gesorgt werden — oder aber eine Steigerung der Löhne eintreten, die zu der allgemeinen Preissteigerung im Verhältnis steht.

Befahungschronik.

Mainz, 30. Mai. (Ca.) Aus dem Eisenbahndirektionsbezirk Mainz wurden von der französischen Befahungsbehörde heute 30 Eisenbahner mit ihren Familien ausgewiesen.

Ludwigshafen, 30. Mai. (WLB.) In Frankenthal, Landau und Neustadt a. d. S. sind wiederum 20 Eisenbahner mit ihren Familien ausgewiesen worden.

Elsfeld, 30. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Die Reichsstelle Arnberg teilt mit: Es verlautet, daß auf Grund eines Protestes der Engländer die Franzosen das ganze südlich der Ruhr gelegene Gebiet, das zum Brückenkopf Köln gehört, räumen werden. In Herbede sind die französischen Schilderhäuschen schon entfernt. Eine Postkontrolle sowie eine Kontrolle auf der Straßenbahn findet nur noch in ganz geringem Maße statt.

Der Stadt Osterfeld ist als Buße für eine Brückenprengung eine Geldstrafe von 100 Millionen Mark oder 4000 Dollar auferlegt worden.

Düsseldorf, 30. Mai. (WLB.) Die Franzosen haben der Stadt Düsseldorf abermals eine Geldstrafe von 35 Millionen Mark auferlegt. Wegen der Zerstörung einer Fernspreitleitung hatten die Franzosen die Verhaftung von zwei belgischen Eisenbahnbeamten angeordnet. Da sie dieser Beamten nicht habhaft werden konnten, wurden jetzt zwei andere Beamte als Ersatz verhaftet.

Die auffällige Ruhe.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ verbreitet unter der Ueberschrift „Der sächsische Skandal“ einen längeren Bericht aus Dresden, der in folgender Feststellung gipfelt: „Die auffällige Ruhe, die heute in Dresden herrscht, macht den etwas unheimlichen Eindruck der Stille vor dem Sturm.“ Die armen Spießer von der „DAZ.“! Vor Unruhen haben sie Angst, das Geschrei der „Roten Fahne“ läßt sie erbeben, die Ruhe fällt ihnen auf die Nerven — es ist wirklich ein Skandal, was so ein braver Bürger alles zu erdulden hat!

Dresden, 30. Mai. (WLB.) Die Demonstrationsumzüge der Dresdener Arbeiterschaft gegen Leuerung und Wucher, zu denen die Parteien der Linken und die Gewerkschaften im Verein mit dem Erwerbslosenrat ausgerufen hatten, fanden heute nachmittags unter gewaltiger Beteiligung statt. Unter Borantragung roter Fahnen und Absingung von Arbeiterliedern bewogten sich die Massen vom Wiener Platz aus in drei geschlossenen Zügen in musterhafter Ordnung, begleitet von Radfahrern, nach verschiedenen Richtungen durch die Stadt. Die Demonstration verlief ohne Zwischenfall. Die Züge lösten sich in Ruhe und Ordnung an den vorher festgesetzten vier Punkten auf.

Die Brotversorgung in Bayern.

München, 30. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der Bayerische Landtag hat heute einen Antrag angenommen, der 10 Milliarden Mark zur Sicherstellung der Brotversorgung verlangt. Nach einem Zusatzantrag wurde beschlossen, zur Deckung dieser Summe vor allem die hohen Einkommen heranzuziehen. Bei dieser Gelegenheit machte der Landwirtschaftsminister Mitteilungen über die bekamten Absichten der Reichsregierung in der Brotversorgung. Im Anschluß daran sprach sich der Minister sehr pessimistisch über die kommenden Schwierigkeiten aus. Eine vierfache Brotpreiserhöhung am 4. Juni sei Tatsache. Es liege allein an den Arbeitgebern, den erforderlichen Ausgleich durch Erhöhung der Gehälter und Löhne zu schaffen. Die nächste Zeit bringt Verhältnisse, von denen man sagen muß: „Glücklich diejenigen, die sie nicht mehr zu erleben brauchen.“

Was in der Welt vorgeht.

In Königshofener Perspektive.

Unter dieser Ueberschrift schreibt der „Bote vom Grabfeld“, im Untertitel „Königshofener Zeitung, Anzeigenblatt für Stadt und Bezirk Königshofen i. Gr., Amtsblatt der Stadtverwaltung, des Amtsgerichts, Finanzamts und Notariats Königshofen“ folgendes:

Der „Vorwärts“ und die Frankfurter Gedächtnisfeier.

München, 27. Mai. Der Vorwärts schreibt: Zu der Gedächtnisfeier in der Paulskirche in Frankfurt a. M. hatten die Regierungen aller Länder ihre offiziellen Vertreter entsandt mit alleiniger Ausnahme der Regierung Anklings des Freistaates Bayern. Heute erfährt man nun die Begründung der Abgabe, die auf die offizielle Einladung erteilt wurde. Darin heißt es, daß nach Ansicht der bayerischen Regierung und wohl auch nach dem Empfinden der überwiegenden Mehrheit des bayerischen Volkes jetzt wirklich nicht die Stimmung und die Zeit dafür gegeben sind, ein solches Fest zu begehen. Diese Begründung bekommt einen pikanten Beigeschmack, wenn man erfährt, daß Herr v. Ankling am Tage der Paulskirchenfeier im Münchener Dom die Festrede zum Geburtstag des Kronprinzen anhören mußte. Dafür scheint also in Bayern Zeit und Stimmung vorhanden zu sein.

Jawohl: Roter Schweine-Oberhirt! Bei uns in Bayern ist mehr Stimmung vorhanden für König Ruprecht als für den Frankfurter Jubiläumssimmel der Achtundvierziger Hanswurstaade. Unser Himmel ist immer noch weißblau — und von Schwarz-Rot-Gold ist versucht wenig zu sehen.

Man sieht, es geht allerhand vor in der Welt, und es ist auch interessant. Man muß es nur unter dem Igl. bayerischen Amtshimmel betrachten!

Die französisch-belgische Konferenz.

Paris, 30. Mai. (WLB.) „Journal des Debats“ teilt mit, daß der französisch-belgische Konferenz, die am 6. Juni in Brüssel stattfindet, ausschließlich Ministerpräsident Poincaré und die belgischen Minister beizwohnen werden. Mehrere Blätter hätten allerdings gemeldet, daß vielleicht Mussolini an den Besprechungen teilnehmen würde. Eine Bestätigung dieser Nachricht liegt aber weder am Quai d'Orsay noch in offiziellen Kreisen vor. Mussolini könne übrigens nur dann an der französisch-belgischen Konferenz teilnehmen, wenn er von der belgischen Regierung eine Einladung erhalten würde, was jedoch nicht wahrscheinlich sei, da es sich keineswegs um eine interalliierte Konferenz, sondern um französisch-belgische Besprechungen handle.

Englands reservierte Haltung.

London, 30. Mai. (WLB.) Auf eine Anfrage des national-liberalen Unterhausmitgliedes Spears wegen der Summe, die Deutschland für Reparationen zahlen solle, erwiderte Mac Neill im Unterhause, die britische Regierung habe keinerlei Informationen, die sie zu der Annahme berechtigen könnten, daß sie irgendwelche zweckdienlichen Schritte im Augenblick unternehmen könne.

Englands Antwort an Rußland.

London, 30. Mai. (TL.) Die neue englische Antwort auf die letzte Note der Sowjetregierung in der Angelegenheit des englisch-russischen Handelsvertrages ist nunmehr dem Sowjetvertreter Krassin eingehändigt worden. In dieser Angelegenheit wurden außerdem in der heutigen Sitzung des Unterhauses verschiedene Anfragen gestellt, die sich hauptsächlich auf die Einwirkungen dieses Vertrages auf den englischen Handel bezogen. In seinem letzten Memorandum an Moskau hatte Curzon ausdrücklich darauf hingewiesen, daß England der erste Staat gewesen ist, der mit Sowjetrußland einen Handelsvertrag abgeschlossen hat und den Bolschewisten damit die günstige Gelegenheit verschafft, ihre wirtschaftlichen Bedingungen zu reorganisieren. Heute zeigte Mac Neill im Unterhause an, daß England, wenn nötig, des Handelsabkommens mit Rußland gut entzogen könne. Er erklärte, die Regierung habe keinerlei Nachricht bekommen, nach der eine Kündigung des Abkommens als nachteilig für den englischen Handel betrachtet werde. Im Gegenteil habe sie von den Handelskammern, an die sie sich wegen eines Gutachtens gewandt hätte, die volle Billigung ihrer Politik und die Versicherung erhalten, daß das englisch-russische Handelsabkommen völlig wertlos für den englischen Handel sei.

Entscheidende Kämpfe

stehen in den nächsten Wochen bevor. Die Ruhrkrise hat durch die Haltung der bestehenden Klassen eine ungeheure Verschärfung erfahren. Auch auf wirtschaftlichem Gebiet sind neue große Kämpfe zu erwarten. Jeder sozialistische Arbeiter, Angestellte und Beamte lese und abonniere den

„Vorwärts“

das Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Nachstehender Bestellzettel ist auszufüllen und an die Hauptgeschäftsstelle des „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, einzusenden. (In Orten außerhalb Groß-Berlins ist der „Vorwärts“ bei der Post zu bestellen.)

Ich abonniere den „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der 14tägig erscheinenden illustrierten Beilage „Siedlung und Reingarten“ in Groß-Berlin täglich zweimal frei ins Haus.

Name _____
Wohnung: _____
_____ Straße Nr. _____
vorn — Hof — Duergeb. — Seitenstr. — Tr. links — rechts
bei _____

Gewerkschaftsbewegung

Katastrophale Lohnpolitik.

Der katastrophale Marktfurz hat sich unmittelbar auch in den Einzelhandelspreisen ausgewirkt. Die Unternehmer, die ja nur mehr „freibleibend“ liefern, soweit sie überhaupt noch in Papiermark fakturieren, haben sofortigen Kaufkraft den ungeheuren Gewinn eingehemmt, den ihnen der Marktfurz in den Schoß warf. Das sind Dinge, die sich in Industrie und Handel von selbst verstehen. Ganz anders aber verhalten sich dieselben Unternehmer bei Lohnverhandlungen. Daß auch die Arbeiter und Angestellten ihr Einkommen der Entwertung der Mark anpassen müssen und dementsprechend Forderungen stellen, empfinden sie als eine ganz außerordentliche und unerfüllbare Zumutung. Die Preise stiegen von einem Tag zum anderen, die Verhandlungen über die Anpassung der Löhne an diese gesteigerten Preise werden jedoch wochenlang verschleppt, von einer Schlichtungsinstanz zur anderen hinausgezogen, wobei man schließlich sich bewegen läßt, eine Lohn-erhöhung zuzugestehen, die in Wirklichkeit nichts anderes ist als eine Lohnreduzierung.

Nun hat die Reichsregierung eine bestimmte Erklärung veröffentlicht, daß sie der Ansicht ist, „daß es nunmehr eine billige Aufgabe aller beteiligten Kreise und Behörden sein muß, die Löhne der gesunkenen Kaufkraft anzupassen“. Es wurde in dieser Erklärung ausdrücklich hinzugefügt, „daß auf das sprunghafte Ansteigen der Teuerung, das in den Feststellungen des amtlichen Index erst nachträglich zum Ausdruck kommt, besonders Rücksicht genommen werden müsse“. Diese Erklärung ist ja gewiß klar und bestimmt genug. Aber wie wir bereits gestern dazu bemerken mußten, ist die Haltung der Behörden keineswegs übereinstimmend mit dieser Erklärung. Noch weniger kann dies von den Privatindustriellen gesagt werden. Es mußte im Ruhrgebiet erst zu den allen bekannten bedauerlichen Vorfällen kommen, ehe man sich veranlaßt sah, die Löhne der ungeheuerlichen Teuerung wenigstens einigermaßen anzupassen.

Aber nicht allein im Ruhrgebiet ist die Teuerung eine ungeheure. Auch in Berlin wie im übrigen Reich macht sie sich mit fast derselben Schärfe geltend. Es ist demgegenüber Katastrophalpolitik, die die Unternehmer treiben, wenn sie die Lohnverhandlungen ständig verschleppen und schließlich Zuschläge anbieten, die wie eine Herzensforderung der Arbeiter anmuten. Wir haben jetzt besonders in Berlin in der Metall-, Holz- und Bauindustrie, in den privaten Elektrizitätswerken wie in einer Reihe anderer Berufe Lohnverhandlungen, die von den Unternehmern ungebührlich verschleppt werden und dadurch zu einer aufs äußerste gespannten Situation geführt haben. Wenn hier nicht eine sofortige Umkehr von der setzigen Politik der Unternehmer erfolgt, dann muß es zu richtigen Wirtschaftskämpfen kommen. Ob diese in der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Situation Deutschlands getragen werden können, mögen sich Regierung und Unternehmer schnell und gründlich überlegen.

Gescheiterte Lohnverhandlungen in der Holzindustrie.

Durch Vereinbarung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Berliner Holzindustrie wurde im 15. Lohnabkommen festgelegt, daß Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Lohnabkommens auf Grund der veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse, welche eine Preissteigerung des Brettes, Fagelbrettes, der Kohlen und sonstigen Haushaltungsgegenstände mit sich bringen, am 30. Mai stattfinden sollten. Zu diesen Verhandlungen hatte die Verwaltung des Deutschen Holzarbeiterverbandes eine Forderung von 85 Proz. Lohnsteigerung eingereicht.

Von den Arbeitgebern ist ein Angebot von 30 Proz. für die erste Woche und 40 Proz. für die zweite Woche gemacht worden, was seitens der Verhandlungskommission und der Verwaltung des Holzarbeiterverbandes abgelehnt wurde. Ein Vergleichsvorschlag der Arbeitnehmerkommission, für diese Lohnwochen 50 bzw. 65 Proz. tariflich festzusetzen, ist an dem Widerstand der Arbeitgeber gescheitert.

Ob eine friedliche Verständigung noch möglich ist, läßt sich zurzeit nicht übersehen. Die Funktionäre des Deutschen Holzarbeiterverbandes werden demnächst ihre Entscheidung treffen, ob sie sich mit dem von der Verhandlungskommission gemachten Angebot abfinden werden.

Berliner Generalversammlung des Verkehrsbundes.

Die Generalversammlung der Bezirksverwaltung Berlin des Deutschen Verkehrsbundes am Dienstagabend im Gewerkschaftshaus erfreute sich einer recht regen Beteiligung. Den Geschäfts-, Kassen- und Arbeitsnachweisbericht gab Drimann von der Bezirksverwaltung. Hart und schwer seien im 1. Vierteljahr 1923 die Lohnbewegungen gewesen, und die erreichten Lohnsteigerungen wurden, wie der Redner ausführte, durch die Teuerung und den Wucher vielfach überholt. Die wirtschaftliche Krise machte sich durch steigende Arbeitslosigkeit stärker geltend. In verschiedenen Fällen sei es erfreulicherweise noch gelungen, Nachzahlungen für die Kollegenchaft zu erlangen. Nicht weniger als 940 Besammlungen und 570 Vertrauensmännerversammlungen haben im Quartal

stattgefunden, und 2708 Verhandlungen waren infolge der Lohnbewegungen erforderlich.

Der vorliegende Kassenbericht schließt in Einnahme und Ausgabe mit gewaltig hohen Zahlen, nämlich mit 378 897 720 M. In den Lohnbewegungen ohne Streit waren 34 046 Betriebe mit 423 990 Beschäftigten beteiligt, an denen mit Streit 378 Betriebe und 1188 Beschäftigte. An Lohnsteigerungen wurden ohne Streit wöchentlich 4 438 218 104 M., durch Streit 10 979 889 M. erzielt. Vor dem Schlichtungsausschuß mußte in 143 Fällen verhandelt werden. Auf dem Arbeitsnachweis waren 19 468 Stellenangebote eingeschrieben. Von den Gemeldeten konnten 4643 feste und 3214 Aushilfsstellen besetzt werden. — Drimann legte den anwesenden Delegierten ans Herz, nach Möglichkeit dafür Sorge zu tragen, daß nur organisierte Kollegen in die gemeldeten Stellen gelangen. Weiter wies der Redner auf die Tatsache hin, daß in einzelnen Betrieben bei den Betriebsversammlungen

Unorganisierte das große Wort

führen und sich dabei radikaler Ausdrücke bedienen, um sich als echte revolutionäre Männer hinzustellen. Durch das übertriebene Getöse lasse sich immer noch mancher Kollege zum Schaden der Arbeiterbewegung täuschen. Jeder organisierte Arbeiter sollte es als seine Pflicht erachten, die sich besonders radikal ergebenden Elemente daran zu erinnern, daß sie sich doch erst einmal durch die Organisation in Reich und Glied zu stellen haben, um zu zeigen, ob sie ernstliche Mittämler sein wollen.

In der folgenden Aussprache wurden die Ausführungen des Referenten durch Fromke noch wesentlich ergänzt, der in seinen Ausführungen insbesondere auf die neu geschaffene Bezirksorganisation hinwies, welche die Aufgabe habe, die Organisation durch Werbung neuer Mitglieder zu stärken. Wer hierbei mitwirken wolle, werde zu jeder Zeit willkommen sein. — In seinem Schlußwort ging Drimann auf alle in der Aussprache vorgebrachten Wünsche, so auch auf den, Goldlöhne zu schaffen, näher ein. Vorrangigst werde man bei den nächsten Verhandlungen der Organisationsleitung diese Frage einer gründlichen Prüfung unterziehen. Schließlich wurde eine Resolution angenommen, die verlangt, daß von den Spitzen der Gewerkschaften umgehend erneuerte Verhandlungen bei der Regierung nachgesucht werden sollen, zu dem Zweck, von dieser größere und ausreichende Mittel zur Steuer der Arbeitslosigkeit, der Not und des Elends zu fordern. Die Bezirksverwaltung Berlin wird beauftragt, im Sinne dieser Entscheidung unablässig für die baldige Verwirklichung der Forderung tätig zu sein.

Beamten und Arbeiter in eine Front!

Am 27. Mai tagte in Stuttgart eine Funktionärsversammlung der Beamten und Arbeiter der dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und dem ADGB angeschlossenen Gewerkschaften, die einstimmig „ihre schärfste Mißbilligung gegen die geradezu unverständliche Lohn- und Gehaltspolitik der Regierung“ aussprach. In der Entschließung heißt es weiter: „Die Versammlung empfindet es als eine Proporzierung der Beamten und Arbeiter, daß nach wie vor eine Politik getrieben wird, welche bewußt die bestehende Klasse schon in der vollschädigenden Weise den Beamten und Arbeitern durch Steuererhöhung, Lohn- und Gehaltsabbau und Vergünstigung der Preissteigerungen das letzte Mark aus den Knochen saugt. Die Versammlung verlangt, daß bei künftigen Verhandlungen die Entlohnung dem Werte der Goldmark angepaßt wird.“

Die Versammlung beauftragt die Organisationsleitungen, mit äußerster Entschiedenheit die Kollegenchaft der Regierung zum Bewußtsein zu bringen. Die Versammlung ist sich darin einig, daß die Regierungspolitik in Lohn- und Gehaltsfragen mit bringender Notwendigkeit einen engeren organisatorischen Zusammenhalt der Beamten und Arbeiter verlangt. Die Organisationsleitungen werden beauftragt, diesen Zusammenhalt herbeizuführen. Die Funktionäre erblicken darin ein durchgreifendes Mittel, sowohl der Regierung als auch den gegnerischen Gewerkschaften gegenüber die Interessen der Kollegenchaft mit allen Mitteln durchzusetzen.“

Vorschusszahlung in den Gemeindebetrieben Berlins.

Der Magistrat beschloß in seiner gestrigen Sitzung, den gegen Tarifvertrag beschäftigten Arbeitern und Angestellten wird eine einmalige Vorschusszahlung von 50 000 M. gewährt, die bei dem Ergebnis der Reichs-Lohnverhandlungen anzurechnen ist. Die Zahlung darf nur erfolgen, wenn Reich und Staatsverwaltung, denen der Beschluß sofort gemeldet ist, nicht widersprechen.

Aus dem Versicherungsgewerbe.

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben: Der von den Vertragsparteien torifisch vereinbarte Reichsschlichtungsausschuß fällte am 29. Mai einen Schiedspruch, nach dem die Zuschläge auf das Aprilgehalt für den Monat Mai für Beihilfliche und Jugendliche auf 43 Proz., für die 18- bis 20-jährigen Angestellten auf 43 Proz. und für die Angestellten über 20 Jahre auf 53 Proz. festgesetzt wurden. Daneben ist die Alterszulage für die Angestellten über 24 Jahre gegenüber April um 48 Proz., die Verheirateten- und Kinderzulage um 53 Proz. erhöht worden. Die April-Speisenätze für

die im Außendienst tätigen Angestellten erfuhren für Mai eine 53prozentige Erhöhung.

Der Zentralverband hat seine Mitgliedschaften aufgefordert, sofort über den Schiedspruch abzustimmen, da die Erklärungsfrist über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches am 4. Juni, abends 6 Uhr, abläuft. Ueber die Befehlszulage und die örtlichen Sonderzuschläge für den Monat Mai finden zwischen den Vertragsparteien am 1. Juni Verhandlungen statt; falls diese zu keiner Verständigung führen, wird der Reichsschlichtungsausschuß am 4. Juni endgültig über die Festsetzung dieser Sonderzuschläge für den Monat Mai entscheiden.

Lohnverhandlungen im Berliner Baugewerbe.

Die von den Vorständen der baugewerblichen Verbände mitgeteilt wird, haben sich nunmehr die Arbeitgeberorganisationen auf Drängen der Arbeitnehmerorganisationen bereit erklärt, über die Löhne im Hoch-, Beton- und Tiefbaugewerbe am kommenden Sonnabend erneut zu verhandeln. Es bedurfte allerdings ganz energischer Vorstellungen, um die Unternehmer zu bewegen, der unhaltbaren Situation, die durch die Preissteigerungen geschaffen ist, durch neue Lohnverhandlungen Rechnung zu tragen.

Schwarzweißrote Fahnen auf Baustellen.

Vom Baugewerksbund wird uns geschrieben: Gestern mittag hat sich auf der Baustelle Köpenick der Glanzfilm-K.G. ein Fall zugetragen, der entschieden die Verteilung aller Arbeiter finden muß. Nachdem der Schornstein dort fertig war, ließ sich ein daran beteiligter Maurer herbei, eine schwarzweißrote Fahne zu hissen, was natürlich die Entrüstung sämtlicher auf der Baustelle beschäftigten Arbeiter herbeiführte. Die Belegschaft stellte sofort die Arbeit ein, holte die Fahne herunter und unter dem Gesang der Internationale wurde die schwarzweißrote Fahne verbrannt. Sollte der Maurer dieses aus sich heraus getan oder sich nur von anderen mißbrauchen haben lassen? Wir als Baugewerksbund verurteilen eine derartige Handlungsweise ganz entschieden und werden nach Unteruchung des Falles auf die Angelegenheit ausführlich zurückkommen.

(Anmerkung der Redaktion: Das Hiszen schwarzweißroter Fahnen kann natürlich nur eine beabsichtigte Provokation der Arbeiterchaft sein. Wenn diese dagegen zur Selbsthilfe greift, ist das begreiflich und auch berechtigt. Darüber hinaus jedoch scheint uns jeder weitere Schritt nur die Erfüllung des durch die Provokation gemollten Zweckes.)

Handelsarbeiter der Bekleidungsindustrie. In der Engroskonfektion, Damenwäsche, Tapifferie- und Schürzenbranche sowie in der Pelzkonfektion sind in direkten Verhandlungen neue Lohnabkommen abgeschlossen und Abzüge hiervon im Bureau Engelauer 24/25, Zimmer 26, erhältlich.

Die Lohnbewegung der übrigen Fachgruppen Krawatten, Mägen und Zubehör ist noch nicht erledigt; Verhandlungen sind für die nächsten Tage in Aussicht gestellt. Für die Lederwirtschaft ist mit dem Arbeitgeberverband des Großhandels eine Verhandlung zu Freitag, den 1. Juni, anberaumt worden.

Deutscher Berkehrsbund, Bezirksverwaltung Groß-Berlin, Sektion I — Handelsarbeiter.

Neue Stiefelgehe in Saargebiet. Auf den Hütten des Saargebietes, bei denen das französische Kapital das Übergewicht hat, besteht Streikgefahr. Anlässlich des Bergarbeiterstreiks hatten diese Hütten zum größten Teil die Arbeit eingestellt und die Arbeiter ohne Lohnzahlung beurlaubt. Die Hütten betonen in den letzten Wochen des Streiks englische und lothringische Kohle. Anstatt, wie die Firma Köhling, den daraus auf den Hütten gewonnenen Koks für den eigenen Betrieb zu verwenden, versandten mehrere Hütten den Koks nach Elbstadt-Lothringen. Die beschäftigungslose Arbeiterchaft ist darüber sehr erregt und verlangt, daß der gewonnene Koks in erster Linie zur vollen Inbetriebsetzung der Hütten verwendet wird. Wenn diesem Verlangen, das die Metallarbeiterverbände an den Arbeitgeberverband gerichtet haben, nicht stattgegeben wird, so ist damit zu rechnen, daß die Koksarbeiter ihre Arbeit einstellen, damit auch der übrige Betrieb, der nur teilweise wieder im Gang ist, stilllegt.

Wichtig, Metallarbeiter! Am Freitagabend 7 Uhr findet in den Sophien-Sälen eine Fraktionsversammlung der SPD-Metallarbeiter statt. Tagesordnung: Die Beschlüsse des Verbandes und die Ortsverwaltung der SPD, von denen der SPD, und ihre Ursachen. Das bestimmte Erscheinen sämtlicher Fraktionsmitglieder ist Pflicht, namentlich der Generalversammlungsberechtigten. Der Fraktionsverband wird gebeten, eine Stunde früher einzutreten zu sein. Der Fraktionsverband, Sitzung, SPD-Kongress! Freitag 6 Uhr bei Aorus, Holzstr. 40, Versammlung sämtlicher Ausführendenmitglieder und Betriebsräte der SPD des A.G.-Kongress. Erscheinen Pflicht. Der Fraktionsverband.

Steinarbeiter. Bau- und Grubmalbranche: Freitag nachmittags 5 Uhr Versammlung im Gewerkschaftshaus. — Die Ortsverwaltung.

Reklamewert, für den redakt. Teil: Felix Caternus, Friedrichshagen; für Anzeigen: H. Gledy, Berlin. Verlag: Hermanns-Verlag G.m.b.H., Berlin. Druck: Hermanns-Verlag, Berlin. Druckerei: Hermanns-Verlag G.m.b.H., Berlin. Rindfleischstr. 3. Hierzu eine Beilage und Unterhaltungsbeilage „Heimweir“.

Reise- und Sportkleidung!

Meist erstklassige Erzeugnisse unserer eigenen Werkstätten, die nach den neuesten Modellen verfertigt sind.

Reise-Ulster und -Schlüpfer in modernen Fassons und bester Verarbeitung . . . von M.	120 000 ^{..}	Ruder-Jackets u. -Litowken aus halbt. blan. Cheviot v. M.	85 000 ^{..}	Chauffeur-Anzüge aus grauen und modelarbenem bestem Cord M.	250 000
Reise-Anzüge aus haltbaren Stoffen in vielen Farben- stellungen, modern verarbeitet, von M.	135 000 ^{..}	Loden-Joppen aus guten Stoffen in neuester Aus- führung von M.	75 000 ^{..}	Chauffeur-Anzüge aus grauen, braunen, blauen Tuch und Dabbel und guten Wollcord in bester Ausführung v. M.	350 000 ^{..}
Promenaden-Anzüge in hellen Dessins bester Qual., Ersatz f. Maß v. M.	250 000 ^{..}	Wasch-Joppen in glatter und Falten-Fasson aus verschiedenarb. lesten Stoffen v. M.	26 000 ^{..}	Chauffeur-Mäntel zu den Anzügen passend, in besten Verarbeitung v. M.	325 000 ^{..}
Sport-Anzüge mit Brechenbase aus guten Homospun- und Ortesstoffen von M.	159 000 ^{..}	Khakianzüge in großer Auswahl mit langen und Brechenhosen 70 000 M.	60 000 ^{..}	Hosen aus gestr. feim Satin — und Kanngarnstoffen in zuw. verschiedenen Qualitäten v. M.	22 000 ^{..}
Sport-Anzüge dreiteilig, in besserer Ausführung und sehr gut. Qual. in sehr groß Auswahl v. M.	195 000 ^{..}	Lüster-Jackets in großer Auswahl aus schwarzem, blau- u. gestr. Panama u. Alp-ka v. M.	36 000 ^{..}	Sport-Hosen in Breckenform aus Homospun, Ortes- und schwarz-weiß kariert. Stoffen v. M.	45 000 ^{..}
Sport-Anzüge dreiteilig, voll ständiger Ersatz für Maß aus besten Stoffen von M.	275 000 ^{..}	Lüster-Jackets in bester Verarbeitung aus guten Stoffen v. M.	70 000 ^{..}	Tennis-Hosen aus weißem Körper und Satin v. M.	39 000 ^{..}
Loden-Mäntel für Damen u. Herren aus bestem Strich- loden in Boeser- u. Raglanform v. M.	110 000 ^{..}	Tussor-Anzüge imitat., dreiteilig, in bester Aus- führung v. M.	100 000 ^{..}	Tennis-Hosen aus weißem und gestreiftem Woll- cheviot v. M.	100 000 ^{..}
Loden-Pelerinen aus gutem Strichloden in allen gesagten Farben von M.	90 000 ^{..}	Fantasiwesten in hellen und dunklen Farben v. M.	16 000 ^{..}	Knaben-Waschanzüge aus Perkal, Satin und Regattastoffen in vielen Fassons v. M.	21 000 ^{..}
Gummimäntel aus guten Oberstoffen mit bester Quamität unsortiert M.	125 000	Westengürtel in großer Auswahl v. M.	2 950 ^{..}	Burschen-Waschanzüge aus grau und mode- larbenem Zwirn- und Leinwandstoffen v. M.	34 000 ^{..}
Gummimäntel edler Art und Qualität von M.	150 000 ^{..}	Stroh- und Filzhüte, Badeanzüge, Rucksäcke, Sportgürtel, Stücke in großer Auswahl		Knaben-Stoffanzüge unsortiert, in Schlüpf- u. Joppenform, Or. f. v. M.	32 000 ^{..}
Herron-Oberhemden Sportfasson, vorzügliche Qualität M.	19 800	Knaben-Stoffanzüge aus Stoffen jed. Art, in den verschiedensten Ausführungen, auch Trierform, Gr. f. v. M.			65 000 ^{..}

Anfertigung nach Maß unter Leitung erprobter Meister

BAER SOHN

Akt.-Ges.

Livree für Behörden, Banken u. industrielle Unternehmungen

Berlin nur Chausseestraße 29-30

Beschwerden	Das unzufriedene Berlin	Vorschläge
-------------	--------------------------------	------------

Vom Amtsgericht Berlin-Wedding.

Als Vormund eines jungen Mädchens sandte ich der Vormundschaftsbehörde, die im Amtsgericht Berlin-Wedding ihre Räume hat, den angeforderten Bericht. Der Pflieger meines Mündels, der die Absicht hatte, das Mädchen zu adoptieren, ist vor zwei Jahren plötzlich verstorben, ohne diese Absicht ausgeführt zu haben. In der irrigen Auffassung, daß auch bei nachträglicher Adoption das Kind den Namen des verstorbenen Pfliegers führen könne, hatte ich das Adoptionsverfahren eingeleitet; bis mir erst kurz zuvor Aufklärung darüber gegeben wurde, daß die Adoption durch die Pfliegermutter in Frage kommt, das Kind dann deren Familiennamen führen kann. Durch ein Verfahren auf Namensänderung oder könnte es berechtigt werden, den Namen des Pfliegers zu führen. Bei der Einreichung des vorerwähnten Berichts am 15. Februar teilte ich dem Vormundschaftsgericht Berlin-Wedding die in den Akten bereits niedergelegten Vorgänge noch einmal mit, fügte den Antrag auf Namensänderung bei und bat um Befürwortung und Übermittlung dieses Antrages an das Amtsgericht Berlin-Wedding. Die Vormundschaftsbehörde hat denn auch offenbar den Antrag weitergegeben. Am 26. Februar bekam ich vom Amtsgericht Berlin-Wedding den Antrag zurück mit dem Vermerk, der Antrag bedürfe zunächst der Genehmigung des Vormundschaftsgerichts. Eben deshalb hatte ich den Antrag samt dem Bericht der Vormundschaftsbehörde übermittelt. Abgesehen von der unnützen Verzögerung durch die acht bürokratische und oberflächliche Behandlung meines Antrages, werden 20 Mk. für die Dienstmarkte hinausgeworfen, dem Vormund also zugemutet, er soll die Portoausgabe erneuert machen, damit der Antrag von Zimmer Nr. 15 — um nur eine Zahl zu nennen — nach Zimmer Nr. 21 im Amtsgerichtsgebäude gelangt. Nach dieser Erfahrung stellt mir das Vormundschaftsgericht keinen Bescheid auf postalischem Wege zu, ob es den Antrag genehmigt oder nicht, worauf ich den Antrag nach Genehmigung wieder der Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts Berlin-Wedding zustellen kann. Man mag über diesen Gang des Amteschimmels lachen oder sich ärgern, notwendig wäre jedenfalls, daß er einmal auf den Trab gebracht würde. Handelte es sich nicht um ein typisches Beispiel, sondern nur um eine zufällige Flüchtigkeit, wäre kein Wort darüber zu verlieren. Da aber nach § 50 Abs. 1 und 2 des Dienstvorschriften nachgewiesen werden kann, daß die Sache korrekt behandelt wurde, müßte endlich einmal versucht werden, mit den Spinnewebn in den Amtsstuben gründlich aufzuräumen. F. E.

Wassergeld und Wasserverbrauch.

Wenn der Genosse in Köpenick darüber klagt, daß er zuviel Wassergeld bezahlen muß, so möchte ich ihm mitteilen, daß wir in Bichtenrade in der Siedlung nicht nur 15 Kubikmeter, sondern 30 Kubikmeter pro Quartal bezahlen müssen, selbst wenn wir nur 8 oder 10 Kubikmeter verbraucht haben. Ich habe z. B. für das 3. Quartal 1922 10 Kubikmeter verbraucht, da aber 30 Kubikmeter 186 Mk. kosten, hätte ich nur 1/3 davon zu zahlen = 62 Mk., habe aber 186 Mk. zahlen müssen, das sind 124 Mk. zuviel. Im 4. Quartal habe ich nur 8 Kubikmeter verbraucht. Die Rechnung steht noch aus. Meiner Meinung nach ist dies Bucher im wahren Sinne des Wortes. Auf der einen Seite heißt es, man soll sparen und auf der anderen Seite wird man dafür bestraft. Auch im Hochsommer kann ich das Quantum von 30 Kubikmeter nicht verbrauchen, denn wenn man des Abends den Garten sprengen will, ist der Druck so schwach, daß zeitweise überhaupt kein Wasser aus der Leitung kommt. Dem Magistrat Berlin möchte es doch gelingen, die Charlottenburger Wasserwerke zu zwingen, in diesem unhaltbaren Verfahren eine Änderung eintreten zu lassen. H., Bichtenrade.

Sabotage des bargeldlosen Verkehrs.

Die Reichspost macht mit Vorliebe darauf aufmerksam, daß man durch Anlegung eines Postsparkontos den dringend notwendigen bargeldlosen Verkehr fördert. Wie das geschieht, dafür der folgende Fall. Ich will ein Paket Bücher weggeben und mir den Betrag, circa 7000 Mk., auf Postsparkonto überweisen lassen, um damit durch bargeldlose Überweisung meine Organisations- und Vereinsbeiträge, Kuchspende usw. weiterzugeben. Am Postamt W. 9 will ich eine Paketaffäre mit Postsparkontoüberweisung haben. Gibts nicht. Ein feinem Schalter eines Berliner Postamtes ist ein solches Formular

zu bekommen. Also Anfrage beim Postsparkontoamt. Hier die Antwort: „Aus wirtschaftlichen und betriebswirtschaftlichen Gründen hat die Postverwaltung von einem Betrieb der Nachnahmepaketkarten usw. (das usw. ist auch zu beachten. Der Berl.) mit anhängender Zahlkarte abgesehen. Jedem Postsparkontoführer ist es aber möglich, durch postfreie schriftliche Bestellung Vordrucke ohne Aufdruck durch das Postsparkontoamt zu beziehen oder an der Zahlstelle des Postsparkontos gegen Bar zu beziehen.“ Diese Antwort ist ein Beweis für den lächerlichen Formalismus und den Bürokratismus, den sich das Publikum immer noch gefallen lassen muß. — an.

So wird gespart!

Vor einiger Zeit teilte die Tagespresse mit, daß der Steuerabzug für jeden Steuerpflichtigen vom 1. Januar 1923 an monatlich 200 Mk. für Mindesteinkommen und 1000 Mk. für Werbungskosten beträgt. Nun erhielt ich vom Finanzamt Charlottenburg für mein Hausmädchen ein Steuerbuch, einen Liebesbogen, einen Briefumschlag, alles zusammen im Werte von etwa 100 Mk., mit der handschriftlichen Eintragung des Namens, des Standes, des Geburtsdatums und Ortes des Hausmädchens, des Namens ihres Arbeitgebers und der Festsetzung des Steuerabzuges auf monatlich 130 Mk. Derartige Sendungen dürften also, schlecht gerechnet, an etwa 100 000 Hausmädchen bzw. deren Arbeitgeber gerichtet worden sein, und wandern nun in den Papierkorb, da es wohl in Groß-Berlin wenig Hausmädchen geben dürfte, die bei einer Berechnung von Kost und Logis zu monatlich 9000 Mk. mehr als 12 000 Mk. im Monat verdienen. Es wurden also etwa eine Million Mark zum Fenster hinausgeworfen, ganz ungerechnet die Schreibarbeit eines Heeres von Angestellten, die diese Vordrucke ausfüllen, und ungerednet die Tätigkeit der Boten, die diese Briefe austragen. Und das alles, nachdem sich bereits im Vorjahre genau derselbe Vorgang abgespielt hatte. — Und auf eine andere Wertwürdigkeit möchte ich auch noch hinweisen. Ende September dieses Jahres erschien eine Verordnung, wonach den Hausangestellten die Naturalbezüge erheblich höher angesetzt werden sollten, als bisher. Die Folge davon war, daß ein Teil des Hauspersonals wieder steuerpflichtig wurde. Daß auch die Werbungskosten inzwischen ganz enorm gestiegen waren, fiel dabei aber den Finanzämtern nicht ein. Man ließ es vielmehr ruhig bei den alten Sätzen und bei den Lohnabzügen der Angestellten wurden nach wie vor nur 40 Mk. für steuerfreies Mindesteinkommen und 90 Mk. für Werbungskosten usw. von den Steuerbeträgen getrübt, obwohl jedes Kind wußte, daß schon die Fahrt zur Arbeitsstelle bei nur zweimaliger Benutzung der Straßenbahn in den letzten Monaten 1800 bis 3000 Mk. monatlich kostete. Was wird also die Folge sein? Hunderttausende von Angestellten und Arbeitern werden selbstverständlich die zu viel abgezogenen Beträge reklamieren, was wieder einen nutzlosen Verbrauch von Arbeitskraft, Papier, Porto usw. bedeutet. Außerdem wurde den Steuerpflichtigen der unberechtigte Steuerabzug in höherwertigem Gelde gemacht, während nach Jahr und Tag in minderwertigem Gelde die Zurückvergütung erfolgt. — Wenn die Finanzämter in dieser Weise weiter „arbeiten“, ist es kein Wunder, wenn wir auf keinen grünen Zweig kommen. C. B.

Der religionsgeschichtliche Unterricht.

Die Zahl der Eltern, die von dem Recht Gebrauch machten, ihre Kinder dem konfessionellen Religionsunterricht in der Schule fernzuhalten, ist nicht sonderlich groß. Das hat für die von diesem Unterricht befreiten Kinder von vornherein einen großen Nachteil infolgedessen, als nur wenige Einrichtungen zur Erteilung religionsgeschichtlichen Unterrichts für sie geschaffen werden können. Um so mehr oder wäre es Pflicht der Eltern, deren Kinder von dem konfessionellen Unterricht befreit sind, diese Einrichtungen zu benutzen, ihre Kinder zum Besuche des religionsgeschichtlichen Unterrichts anzuhalten, der für alle diese Kinder ganz unentbehrlich ist. Dennoch muß die Wahrnehmung gemacht werden, daß ein großer Teil der konfessionslosen Kinder diesem Unterricht fern bleibt, und zwar vielfach deshalb, weil damit die Unbequemlichkeit eines weiteren Weges oder des einmal in der Woche um eine Stunde früheren Schulbeginns damit verbunden ist. Bei der Wichtigkeit und Notwendigkeit des religionsgeschichtlichen Unterrichts sollten derartige Bedenken jedoch beiseite gelassen und die Kinder zum regelmäßigen Besuche dieser Unterrichtsstunden angehalten werden.

mit Puffen dem Höllenstandal ein Ende, um einmal hinaus-zulaufen.

„Vana Simba“ war ausgerissen; bei einem derartigen Teufelsgeheul wäre ich es auch.

Unter den Stößen des Nachtwindes brannten draußen einzelne Sträucher lichterloh, wir mußten hinaus und die Brandherde löschen, um nicht bei einem allgemeinen Steppenbrande auch aus unserer Voma ausgeräuchert zu werden. Eine halbe Stunde lang herrschte Ruhe, aber dann erscholl in kurzen Abständen die ganze Nacht hindurch immer wieder Löwen-gebrüll ganz nahe und schreckte uns aus dem Halbschlaf auf. Es war wohl dieselbe Bestie, die ständig unser Lager hungrig umkreiste, wahrscheinlich ein Menschenlöwe. Erst als rote Dämmerung im Osten leuchtete, wurde er still und verschwand. Uebermüdet fielen wir in Schlaf, und der hielt uns fest bis spät in den Tag hinein.

Gegen Mittag erst brachen wir auf. Der oder die Löwen hatten eine Kreisbahn von Fährten rings um die Voma getreten, aber auch auf und neben der Straße, die wir bis zum Abend entlang zogen, waren keine Wildspuren so häufig, wie die der gelben Würger.

Gegen Sonnenuntergang sahen wir eine gleiche Dornenfestung wie die von letzter Nacht vor uns. Rasch schritten wir darauf zu.

Da blieb der vorausmarschierende Mwani mit einem Rud stehen und schüttelte warnend den Arm nach hinten. Seine ausgestreckte Hand zeigte auf einen rötlich schimmernden Termitenhügel rechts.

Nur liefen Schweifstropfen über die Brille, ich konnte nichts Besonderes sehen und fragte die wie erstarrt dastehenden Träger, was da los wäre.

„Faru, Vana!“ flüsterten sie mit angstvollen Augen und zeigten hartnäckig auf den Hügel.

Ich kannte das Wort nicht, iat eben den Mund zu einer Frage auf, da war's mir, als würde ein Teil des Hügels plötzlich lebendig, hob rötlichgraue fleckige Formen hoch und kam in unheimlich schneller, wuchtig dröhnender Bewegung auf uns zu.

Schreckensschreie, zu Boden krachende und flirrende Laufen, ein Auseinanderpringen von nackten Füßen hinter mir, und vor mir etwas in rote Staubwolken Gehülltes, wie eine Lokomotive Schnaufendes und Donnernbes! Mit einem

Aufwärts aus eigener Kraft!

Wenn man die Frage: Was ist ein Geschäftsanteil? an die Mitglieder einer Genossenschaft richtet, so wird man jedesmal die Antwort bekommen: „Eine Schraube ohne Ende“, von den weniger verärgerten Mitgliedern vielleicht die Antwort: „Das ist der Betrag, den die Mitglieder der Geschäftsleitung zum Einkauf von Waren zur Verfügung stellen.“ Damit ist es aber auch Schluss. Niemand zerbricht sich den Kopf weiter darüber, ob nicht der Geschäftsanteil eines Konsumvereins doch etwas mehr ist als eine Summe Geldes. Vielleicht dürfte der nachgeschickerte Vorgang geeignet sein, auch ältere Genossenschaftler noch einmal zum Nachdenken anzuregen. Am Schluß einer Unterrichtsstunde für die jüngsten Verkäuferinnen in einer Genossenschaft wurde an jede einzelne Teilnehmerin ein Fragebogen ausgegeben mit der Bitte, diesen auszufüllen und an den Unterrichtsleiter zurückzugeben. Auf dem Fragebogen befand sich unter anderem auch die Frage: Was ist ein Geschäftsanteil? Die meisten der Antworten bewegten sich in dem allbekanntesten Sinne: Eine bestimmte Summe Geld zum Einkauf von Waren durch die Geschäftsleitung. Schon wollte der Genossenschaftler, der diese Zeilen niederschrieb, im allgemeinen von den Antworten der jungen Verkäuferinnen befriedigt, die Fragebogen zusammenfalten und sie weglegen, da festelte ihn die Antwort auf dem letzten Fragebogen. Da stand hinter der Frage: Was ist ein Geschäftsanteil? in feiner Schrift, wie von Kinderhand geschrieben, folgende Antwort: Eine Kraft zum Hochkommen! In wie vielen Genossenschaftsversammlungen ist schon versucht worden, den Mitgliedern die Notwendigkeit des Geschäftsanteils und deren Erhöhung vor Augen zu führen. Da kommt ein Kind, ein 15jähriges Kind, und schlägt mit vier Worten eine hergebrachte Vorstellung entzwei. Mit vier Worten wird hier gesagt: Es ist nicht wahr, daß der Geschäftsanteil eine Summe Geldes sei, er ist mehr — er ist eine Kraft zum Hochkommen. Hört ihr es, Genossenschaftler? Laßt diese vier Worte Platz finden in euren Innern. Sagt es denen, die es noch nicht wissen, sagt es denen, die immer nörgeln und schimpfen: Ein Geschäftsanteil ist keine Summe Geldes, sondern eine Kraft zum Hochkommen, und zwar zum Hoch- und Aufwärtkommen aus eigener Kraft.

Kontrolle im Lebensmittelhandel.

Zuckerversorgung — Aufkauf von Butter und Käse.
Eine Verfügung des Präsidenten des Landespolizeiamtes beschäftigt sich mit den Aufgaben der Lebensmittelpolizei. Aus den Bestimmungen, die den Polizeibehörden zur besonderen Beachtung empfohlen sind, teilt der Amtliche Preußische Pressedienst mit:

In Geschäften, die Rundzucker gegen Kartenzahlung nach § 8 der preussischen Ausführungsbestimmungen vom 14. Oktober 1922 abgeben, darf nicht daneben auch markenfremder Zucker geführt, verkauft oder sonst abgegeben werden. Auswärtigen unterliegen der Strafvorschrift des § 19 der Reichsverordnung über den Verkehr mit Zucker im Betriebsjahre 1922/23 vom 3. Oktober v. J. — Gegen das Aufkaufen und Wenden wird in der genannten Verfügung angeführt: Es sind zahlreiche Klagen darüber laut geworden, daß eine Reihe von Händlern die von den Ober- bzw. Regierungspräsidenten erlassenen Anordnungen über den Aufkauf von Butter und Käse unbeachtet läßt und entweder ohne besondere Erlaubnis weiterhandelt oder sich durch die Ablehnung der Erlaubnis nicht in ihrem Betriebe stören läßt. Es wird deshalb den örtlichen Polizeibehörden zur besonderen Pflicht gemacht, gegen derartige Händler in schärferer Weise vorzugehen. Besonders in den Hauptaufkaufsgebieten ist eine ständige und scharfe Kontrolle sowie rücksichtsloses Einschreiten geboten.

„Rheingau“.

Am 3. Juni 1923 wird auf dem Grundstück Berlin-Friedenau, Handwerkerstr. 33/36, eine neue Fernsprechermittlungsstelle mit der Bezeichnung „Rheingau“ eröffnet. In diese werden nicht allein herangeführt sämtliche bisherigen Teilnehmer von Rheingau mit unveränderter Anrufnummer, sondern auch je mehrere Hunderte von Teilnehmern der Vermittlungsanstalten Platzburg, Umland und Sieglin mit neuer Anrufbezeichnung. Bessere Teilnehmer sind in dem jetzt gültigen Fernsprechbuch mit alter und neuer Bezeichnung vermerkt. Demnach tritt vom 3. Juni ab die alte Nummer außer Geltung. Es empfiehlt

Eine Angstkafari.

Von Arthur Hene.

Ich setzte ihn zur Wache ans Feuer und versuchte, ein wenig zu schlafen. Aber sehr bald erwachte ich wieder durch ein Zerren am Arme.

Wozu beugte sich über mich und flüsterte mit rollenden Augen: „Simba mtuba ito hapai!“ (Ein großer Löwe ist hier!)

„Wo?“ fragte ich.

Da kam vom Eingang her derselbe kurze lauchende Laut, der mich schon am Abend aufgejagt hatte. Wieder rief ich einen brennenden Ast auf und stieß die Träger an, die Feuer zu schüren und Brände zu schwingen, aber die sieben Schwaben waren vor Angst halbtot, rollten sich in ihren Decken zusammen wie Igel und wollten nichts sehen und hören. So biß ich die Zähne zusammen und rückte allein vor.

Vor dem Eingang lauschte ich; ein leis fragendes Geräusch draußen, ich beugte mich nieder, spähte durch die Dornen und prallte, wie von einer Faust gestoßen, zurück — meine Augen waren einem Paar anderen, die gelb und machtvoll flammten, begegnet, ein heißer, scharfzischender Raubtieratem hatte mein Gesicht gestreift.

Die unmittelbare drohende Gefahr rief mich in Schreck und Angst zu den Urwaffen unseres Geschlechts — Feuer und Stimme. Ich erhob ein wahres Indianergeheul und stieß wild mit dem funkenprühenden Ast durch die Dornen nach dem Löwen.

Mit einem grollenden Laut fuhr er zurück, im gleichen Augenblick traf ihn ein von Wozzi geschleudertes Brand am Kopfe, er nieste und lauchte und sprang aufbrüllend zur Seite.

Das Beispiel hatte auf die anderen Schwarzen gewirkt, nach allen Seiten flog jetzt brennendes Holz über die Umwallung, die Umgebung wurde von den Flammen erleuchtet, an verschiedenen Stellen fing Gras und dürres Buschwerk Feuer. Und gleichzeitig erhob sich in der Voma ein infernalischer Lärm, ein Gebrüll, Geheul und Getreische, als ob ein halbes Schod Raubtiere übereinander herfielen. Die sieben Schwaben brüllten einfach vor Angst, aber so, daß ein Elefant gleich vor Schreck umfallen konnte.

„Ruhe, Ruhe, Ihr Bande!“ rief ich und machte schließlich

mächtigen Sprünge flog ich hinter einen Dornbusch, das Ungetüm raste zehn Schritt von mir entfernt vorüber, der Boden dröhnte unter ihm, die Staubwolke fuhr in die Steppe und verlor sich krachend und brechend im dichten Busch.

Mit einem tiefen, besetzten Atemzuge lösten sich mir die erstarrten Glieder, die Negerlein kamen aus den Furchen gekrochen, sahen sich verbattert um und lasen mein weggerollenes Hab und Gut zusammen.

„Ich glaube, das war ein Nashorn!“ brummte ich tief-sinnig und zog das Wörterbuch hervor.

Es war auch eins. „Rhinoceros, Cerathorhinus aff. cuculatos Wagn.“ stand neben dem Wort „Faru“.

Auf einmal kriegte ich noch einen anderen, gewaltigen Schreden — wenn der Wasserträger auch keine Last weg-geworfen hatte! Dann waren wir hier mitten in der Serengeti (wasserlosen Steppe) so gut wie verloren! Wie ein Blitz fuhr ich auf die Straße zurück, eben scholl ein lautes Gelächter der rasch vergessenden Naturkinder auf. Das Blechgefäß stand unverfehrt und gefüllt am Wege, und dahinter lag der Träger platt am Boden.

Gerade hob er den Kopf vorsichtig über den Rand, spähte mit rollenden Augen rundum und fragte:

„Amedoka?“ (Ist es fort.)

Der Anblick war von unwiderstehlicher Komik, aber der treue Burche hatte mehr an seine unerlebbare Last gedacht als an sein Leben, und die Kupie, die ich ihm schenkte, wohl besser verdient als ausgelacht zu werden.

Dann kam wieder eine von Sternen- und Mondesglanz erfüllte Nacht im Dorngehäuf, mit unruhigem, durch viel-stimmiges und unaufhörliches Raubtiergeheul gestörtem Schlaf. Doch so unmittelbar gefährdend wie letzte Nacht wurde die Lage nicht. — Sie sollte es unter anderen Umständen am nächsten Tage für mich werden.

Wir brachen zeitig auf und hatten nachmittags um fünf schon sieben Marschstunden hinter uns. Die Landschaft war vom Buragebirge an unverändert dieselbe geblieben, weit auf-rollende, graugrüne Busch- und Baumsteppe, von erhabener Wirkung in ihrer einsamen Größe, ihr roter Valerianboden überlastet von staubblauem Gluthimmel, ihre Weiten belebt von tausendfüßigem Getier.

(Schluß folgt.)

Die Arbeitszeitgesetze.

Der Achtstundentag durchbrochen!

Von S. Aufhäuser.

Der folgende Aufsatz war geschrieben, noch bevor das bekannte Schreiben des Reichsverbandes der Deutschen Industrie an den Reichskanzler veröffentlicht war. Er gewinnt durch diese Veröffentlichung nur erhöhte Bedeutung.

Red. des „Vorwärts“.

Wenn es noch eines Beweises bedürft hätte, daß sich das deutsche Unternehmertum in den letzten Monaten in einer scharfen Offensive gegen die Arbeiterbefindlichkeit befindet, dann mußte er durch die entscheidenden Beratungen und Beschlüsse des vorläufigen Reichswirtschaftsrats über die Arbeitszeitgesetze für Arbeiter und Angestellte als reichlich erbracht angesehen werden. Hatte der sozialpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats bei dem Gesetzentwurf für die Arbeiter wenigstens einige der schlimmsten Härten in der Regierungsvorlage etwas gemildert, so gab es bei der Endabstimmung im Plenum keinerlei Pardon. Mit brutaler Rücksichtslosigkeit wurden gegen die Stimmen der Arbeitnehmer alle Verschlechterungsanträge der Arbeitgeber angenommen und ein Gesetz hergestellt, das zwar die Arbeitszeit regelt, aber gleichzeitig den Achtstundentag aufhebt.

Das reaktionäre Treiben begann schon beim ersten Paragraphen. Es wurden zunächst die im Haushalt beschäftigten Arbeiter, auch soweit sie nicht unter das Hausgehilfengesetz fallen, ausgeschaltet. Damit bekehrt also für Chauffeurs, Portiers, Kutsher Gärtnern usw., die nicht in gewerblichen Betrieben arbeiten, überhaupt keine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit. Die Lehrlinge wurden aus dem Rahmen der gewerblichen Arbeiter herausgenommen, angeblich weil hier mehr ein „Erziehungsverhältnis“ bestehe, in Wirklichkeit, um der Lehrlingsausbeutung freie Bahn zu schaffen.

Auf derselben Linie rücksichtsloser Ausbeutung liegt der Beschluß über den besonderen Schutz der Jugendlichen. Die bisherige Altersgrenze von 18 Jahren ist auf 16 Jahre herabgesetzt worden und der Redner der Arbeitgeber gestattete sich dabei noch folgende Verhöhnung der Arbeiterschaft:

„Wir wissen ganz genau, wo im allgemeinen mit rühmlichen Ausnahmen die Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren die nicht dem Schlaf gewidmete arbeitsfreie Zeit zubringen, und ich glaube, wir dürfen uns hier in Uebereinstimmung wohnen mit den Anschauungen auch der Arbeitswelt, daß für diese jungen Leute die Arbeit sicherlich nicht schädlicher ist als das, was sie etwa in diesen arbeitsfreien Stunden, die nicht dem Schlafe gewidmet sind, sonst treiben würden.“

Dabei werden durch die Altersgrenze von 16 Jahren nicht einmal diejenigen Personen vom Arbeiterschutz für Jugendliche erfasst, die noch fortbildungspflichtig sind. Dann begann das große Reimmachen hinsichtlich der Betriebsarten, die unter das Gesetz fallen sollen. Das Verkehrsgewerbe war ohnehin nicht in der Vorlage. Weiter aber wurden ausgemerzt die See- und Binnenschiffahrt einschließlich der Kahnbootebetriebe und des Hafenumschlags, die gesamte Landwirtschaft, der gesamte Gartenbau und schließlich auch noch alle Nebenbetriebe der Landwirtschaft, wie Brennerie- und Brauereibetriebe, sowie alle mit der Landwirtschaft verbundenen Betriebe (Schmiede, Stellmacher, Sattler usw.).

Der entscheidende § 5 bestimmt keinen Höchstarbeitszeit, sondern legt eine durchschnittliche tägliche Arbeitszeit von acht Stunden fest, um aber zugleich weiter auszusprechen: „Bis zur Arbeitsbereitschaft gilt nicht als Arbeitszeit.“

Der Begriff der Arbeitsbereitschaft konnte von keiner Seite genau definiert werden. Wenn allgemein angedeutet wurde, daß es sich für den Arbeiter um Betrieb und die Zeit des „Zuwartens“ handelt, so dürfte es künftig kaum noch irgendeine Beschäftigung geben, bei der sinnige Unternehmer nicht irgendeine Arbeitsbereitschaft feststellen können, um in jedem Fall den achtstündigen Arbeitstag beliebig verlängern zu dürfen.

Auch hier gedachte die menschenfreundliche Arbeitgeberabteilung wiederum besonders des Jugendschutzes und bestimmte, daß Lehrlinge außerhalb der Normalarbeitszeit täglich eine Stunde länger zu Aufräumungsarbeiten herangezogen werden können. Aus demselben „sozialen Empfinden“ heraus ist die wöchentliche Arbeitsdauer einschließlich der Schulzeit für die Pflichtfortbildungsschüler, die im Ausschuss auf 4 Stunden festgelegt worden war, auf 54 Stunden wöchentlich herausgehoben worden.

Den Hauptinhalt dieses „Gesetzes über den Achtstundentag“ aber bilden die zahllosen Bestimmungen, in denen der im § 5 vorgesehene achtstündige Normalarbeitstag keine Anwendung findet. Die gewerkschaftliche Auffassung, daß, abgesehen von den Fällen höherer Gewalt, weitere Ausnahmen für Ueberarbeit nur auf dem Wege tariflicher Vereinbarung zulässig sein dürften, war zwar im Ausschuss noch in bedingter Weise anerkannt worden. Im Plenum wurden auch in dieser Frage die Arbeitnehmer niedergestimmt und die Arbeitgeberanträge angenommen. Danach bedarf der Unternehmer noch nicht einmal der behördlichen Genehmigung, um Ausnahmen von der gesetzlich festgelegten Arbeitszeit zu verfügen für Störungen, für Verzögerungen oder Gefährdungen der Produktion, zur Güterverteilung und Erhaltung oder Sicherung von Werten aller Art. Es folgen die durch die Gewerbeaufsicht zu bewilligenden Ausnahmen „bei außergewöhnlicher Häufung der Arbeit“ usw. Weiter bestehen die Ausnahmen, die durch den Arbeitsminister für Gewerbe mit bloßer Arbeitsbereitschaft unter außergewöhnlichen Verhältnissen, zur Ersparung von Brennstoffen usw., angeordnet werden können.

Zu alledem haben auch noch in den Tarifen Ausnahmeverordnungen Platz zu finden, die den Achtstundentag durch Ueberstunden illusorisch machen, soweit es die Gesamtkonjunktur des Landes, die Einzelkonjunktur des Gewerbes und die Anpassung an die jeweilig wechselnden Bedürfnisse des Einzelbetriebes erforderlich machen. Für das Baugewerbe ist nicht erst im Einzelfalle eine Ausnahme anzuordnen, sondern hier ist bereits im Gesetz die Gleichstellung mit den Betrieben festgelegt, die unter die Landarbeitsordnung fallen, nach der eine Arbeitszeit von 9 Stunden täglich und von 54 Stunden wöchentlich die Regel sein soll.

Das Arbeitszeitgesetz für Angestellte, das einige Monate später verabschiedet worden ist, atmet denselben Geist. Man hat zwar andere Formulierungen gewählt, nachdem vorher mit Rücksicht auf die durch die Ruhrbesetzung geschaffene politische Lage noch allerlei Einigungsversuche angestellt worden waren, aber entscheidend bleibt auch hier, daß die Ausnahme vom Achtstundentag zur Regel wird. So sind vor allem den „Fällen höherer Gewalt“ gleichgestellt worden Arbeiten, die im öffentlichen Interesse vorgenommen werden müssen. Das soll besagen, daß z. B. das gesamte Bankgewerbe einen Freibrief zur Ausbeutung seines Personals bekommen hat. Was es mit dem „öffentlichen Interesse“ beim Bankgewerbe auf sich hat, ist nicht unbekannt. Die Mehrarbeit ergibt sich dort vorwiegend aus den gewaltigen Spekulationsumtrieben, die heute die ganze Wirtschaft bedrohen. Zwanzig Ausnahmetage im Jahre können bei den Angestellten in allen Betrieben vom Arbeitgeber selbst angeordnet werden. Ebenso wird auch für die Angestellten die Tariffreiheit in der Frage der Arbeitszeit eingeschränkt, und durch solche Vorschriften wird bewirkt, daß die Arbeitsbereitschaft eingeführt werden muß.

Diese Blütenlese dürfte schon genügen, um zu zeigen, was der deutschen Arbeiterklasse bevorsteht, wenn diese Entwürfe vom Reichstag sanktioniert werden. Es wird sich dabei vielleicht nur noch um wenige Monate handeln, denn die Demobilmachungsverordnungen laufen am 1. Oktober d. J. ab und sie sollen durch Arbeitszeitgesetze abgelöst werden. Darum gilt es jetzt, den Kampf um die Sicherung des Achtstundentages auf der ganzen Linie aufzunehmen. Die Gegenseite ist bereits gerüstet!

Wirtschaft

Kohlenpreiserhöhung um 50—59 Proz.

In einer Sitzung der Organe der Kohlenwirtschaft, die am Mittwoch im Reichswirtschaftsministerium stattfand, wurde über die Kohlenpreiserhöhung verhandelt, die mit Rücksicht auf die eingetretenen Material- und Lohnsteigerungen notwendig geworden ist. Es wurde beschlossen, die Kohlenpreise ab 1. Juni um etwa denselben Prozentsatz zu erhöhen, um den in den einzelnen Revieren die Bergarbeiterlöhne ab 1. Juni erhöht worden sind, d. h. um rund 50 bis 59 Proz. Außerdem wurde eine Erhöhung des in dem Kohlenpreis enthaltenen Beitrages für den Bergarbeiterwohnungsbau von 600 auf 2100 M. je Tonne abgesetzter Steinkohle beschlossen. Im einzelnen stellen sich die Preiserhöhungen für die einzelnen Reviere netto (ohne die noch hinzukommenden Steuern usw.) je Tonne:

Für Ruhr-Fettförderkohle auf 76210 M.; für Oberschlesien durchschnittlich 46500 M.; für Niederschlesien durchschnittlich 56240 M.; für Saachsen durchschnittlich 65660 M.; für Niedersachsen-Borsinghausen 58782 M.; für Niedersachsen-Idrenturen 53574 M.; für Aachen-Nordstern 74208 M.; für Aachen-Gschweiler 65388 M.; für rheinische Rohbraunkohle 9930 M. und für rheinische Briketts auf 34520 M.

Die Beschlüsse erfolgten einstimmig. Nach ihnen wird sich z. B. Ruhrfettkohle von 143510 M. auf 221220 M. je Tonne erhöhen. Für das mitteldeutsche und ostelbische Braunkohlensyndikat stehen die Preise noch nicht endgültig fest, da eine Einigung zwischen den Syndikaten und dem Reichswirtschaftsministerium nicht erzielt wurde. Es sollten hier bei einer Lohnsteigerung von 50% Preiserhöhungen von 50 Proz. für Rohkohle und 55 Proz. für Briketts bewilligt werden, ein Ausmaß, das der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums beanstandete.

Das Ausmaß der Preiserhöhung, die nicht nur für die Hausbrandverbraucher eine drückende Belastung bringt, sondern auch die Preise anderer industrieller Waren in die Höhe treiben wird, bestätigt, daß man diesmal die Preise ziemlich genau in demselben Maße gesteigert hat, wie die Löhne aufgebessert werden mußten. Das war bei der vorangegangenen Preiserhöhung nicht der Fall. Daß das Reichswirtschaftsministerium sich bemüht, die Preise für mitteldeutsche und ostelbische Briketts niedrig zu halten, ist zu begrüßen. Ein dauernder Erfolg ist jedoch von seinem Einspruch nur zu erwarten, wenn es versucht, auch auf den übrigen Gebieten des Warenmarktes preislegend zu wirken und damit der Industrie den Vorwand zu nehmen, daß die Kosten ihrer Rohstoffe, Maschinen und Hilfsmaterialien sie zu weiteren Preiserhöhungen zwingen. Von einer derartigen planmäßigen Einflusnahme auf den gesamten Warenmarkt durch das Reichswirtschaftsministerium ist bisher nichts zu spüren.

England und die Ruhrbesetzung.

Anfangs schien es, als ob die Besetzung des Ruhrgebietes für die englische Industrie große Nachteile bringen müßte. Produktion und Absatz von Kohle und Eisen stiegen stark, die Arbeitslosigkeit ging zurück. Sehr bald zeigten sich aber auch die nachteiligen Folgen dieser Entwicklung. Ein interessantes Bild von den Wirkungen des Ruhrstreikes auf die englische Industrie entwarf der Leiter des großen schwerindustriellen englischen Trusts „Bickers Ltd.“ auf der Jahresversammlung des Konzerns, der

in sich über 90 Industrieunternehmen vereinigt und am Kohlenbergbau, an der Eisengewinnung, dem Waggon- und Maschinenbau führend beteiligt ist. Er sagte nach dem Bericht der „Frankfurter Zeitung“ u. a.:

Vor ein paar Monaten hatten wir eine entschiedene Belebung in der Stahlindustrie. Es gingen mehr Aufträge für Schiffsbau und Maschinen ein. Man hatte allgemein das Gefühl, daß bessere Zeiten begännen. Unglücklicherweise begann gerade dann die französische Besetzung des Ruhrgebietes. Die Produktion von Kohle und Stahl im Ruhrdistrikt wurde vermindert und von ihrem natürlichen Wege abgelenkt. Die Folge war, daß die Preise von Roheisen und Kohlen bei uns anstiegen, und die Stahlpreise folgten mit dem natürlichen Resultat, daß — da Stahl die Basis des Schiffbaues und der meisten Erzeugnisse der Maschinenindustrie ist — die Kosten auf eine Höhe anstiegen, die diejenigen Käufer, die nicht schon ohnehin durch die unsichere politische Lage eingeschüchtert waren, vollends von Geschäften abstrieten. Kohlen- und Roheisengesellschaften sowie Produzenten von Rohstahl niedriger Qualität haben dabei einen vorübergehenden Nutzen davongetragen; doch im ganzen genommen verursachte die französische Ruhrokkupation der Maschinenindustrie unseres Landes einen beträchtlichen Verlust. Unter diesen Umständen sind die Ergebnisse für 1923 nicht leicht vorauszu sagen. Ich kann nur sagen, daß, wenn nicht ein definitiver Umschwung eintritt, das laufende Jahr nicht sehr viel anders als das Jahr 1922 sein wird.

Die wirtschaftlichen Bedrohungen, denen die verarbeitende Industrie Englands durch die Ruhraktion ausgesetzt ist, erklärt zu einem wesentlichen Teil die Bereitschaft Englands, an der Lösung der Ruhrkrise mitzuwirken.

Börsentage im Juni. Der Berliner Börsenverband hat beschlossen, im Monat Juni an jedem Montag, Mittwoch und Freitag Börsenbörsen zu lassen.

Das österreichische Bankkapital blieb in der Zeit der Vereidung unverändert. Die Bilanzen der Wiener Großbanken haben in Österreich und darüber hinaus große Ueberraschung hervorgerufen. Es hat sich herausgestellt, daß die österreichischen Banken gleichzeitig mit der Verarmung der ganzen Bevölkerung ungeheure Profite machten und trotz der Geldentwertung ihre Substanz auch in Goldwert umgerechnet behalten haben. Der Goldwert ihrer Reserven, Beteiligungen usw. ist nicht geringer als vor dem Kriege. Auf die Veröffentlichung der Bilanzen folgte eine stürmische Aufwärtsbewegung der Kurse der Bankaktien an der Börse, wobei ungezählte Milliarden verdient wurden. Vor einem Jahre zeigten die Bilanzen noch Verluste bzw. große Verminderungen der Goldsubstanz. Nicht, weil damals die Banken tatsächlich Verluste gehabt hätten, sondern weil die Bilanzen gefälscht waren. Erst als in diesem Jahre mit der Unterzeichnung des Wälderbundes eine Sanierungspolitik eingeleitet wurde, welche auf Kosten der Arbeiterschaft das Großkapital schützte und es vor großen Steueropfern bewahrte, wagten sie ihre Profite und Vermögen zum Teil einzugestehen. Nichtsdestoweniger haben die Großbanken die bescheidenen Forderungen der Bankangestellten abgelehnt und diese in einen Lohnkampf getrieben, welcher erst vor kurzem mit einem Sieg der Bankangestellten beendet wurde.

Konjunkturrückschlag in den Vereinigten Staaten. Die amerikanische Hochkonjunktur, die in den letzten Monaten beobachtet wurde, scheint den Höhepunkt überschritten zu haben. Viele Zeichen deuten darauf hin. Zwar sind die Betriebe noch bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt, und es wurden Produktionsziffern erreicht, die alles Bisherige überboten. Wesentliche Lohnsteigerungen wurden vorgenommen. Der Mangel an Arbeitskräften, hervorgerufen durch die gesetzliche Einschränkung der Einwanderung, hat zur Steigerung der Löhne beigetragen. Die Preise pflegen jedoch in der Regel noch mehr zu steigen als die Löhne. Trotzdem ist die Leertung in der letzten Zeit zum Stillstand gekommen, die Preise bleiben trotz Lohnsteigerungen beständig. Dieses Zeichen deutet auf eine beginnende Abwärtsphase hin. Es scheint eine Ueberproduktion eingetreten zu sein. Freilich nicht in dem Sinne, daß die Bevölkerung die erzeugten Produkte nicht nötig hätte, sondern daß ihre Kaufkraft nicht ausreicht, um die Produkte zu kaufen. Die Monopolherrschaft des Trusts hat die Preise sehr in die Höhe getrieben. Die Farmer konnten zwar ihre Produkte in diesem Jahre besser verwerten als in den früheren, doch wird sich die Wirkung ihrer Organisationen zum gemeinsamen Verkauf der Agrarprodukte in Verbindung mit dem neuen Kreditystem erst im nächsten Jahre zeigen. Borecht sind die Industrieerzeugnisse im Verhältnis zu den landwirtschaftlichen Produkten teurer. Die Hauptursache der beginnenden Krise ist jedoch die Lage der europäischen Volkswirtschaften, welche infolge ihrer Verarmung die teuren Produkte der Vereinigten Staaten nicht kaufen können. Selbst die englische Textilindustrie mußte ihre Baumwollkäufe einschränken, weil ihr die aus amerikanischer Baumwolle hergestellten Produkte, die in Indien usw. verkauft werden sollen, zu teuer kämen. Daher ist auch der Preis der Baumwolle gesunken. Für die Preisgestaltung sind nämlich die Exportmöglichkeiten maßgebend; die an sich im Verhältnis zur Gesamtproduktion nicht sehr wesentlichen Produktmengen, welche als Ueberflüsse ins Ausland ausgeführt werden sollen, wirken auf die innere Preisgestaltung entscheidend zurück. Da aber diese Ausfuhr infolge der Verarmung Europas unterbunden ist, drücken die im Inland zurückgebliebenen Waren auf den Preis und eröffnen die Konjunktur. Die Einschränkung der Einwanderung verhinderte es, daß neben der Ueberproduktion auch die Kapitalakkumulation fortschreite. In Zeiten der Hochkonjunktur pflegt sonst gewöhnlich eine Erweiterung des Produktionsapparates stattzufinden, welche später zur Ursache großer Krisen werden kann. Der Mangel an Arbeitskraft hat jedoch diesen sonst üblichen Prozeß in den Vereinigten Staaten diesmal unterbunden.

Devisenkurse. Unserer gestrigen Kurstafel ist noch nachzutragen: 1 finnische Mark 1659,84, Geld 1668,16 Brief; 1 japanischer Yen 29 027,25 Geld, 29 172,75 Brief; 1 brasilianischer Real 6114,67 Geld, 6145,33 Brief; 1 Schweizer Franc 10 862,77 Geld, 10 917,23 Brief; 1 spanische Peseta 9142,08 Geld, 9187,92 Brief; 100 österr. Kronen 84,78 Geld, 85,22 Brief; 1 tschechische Krone 1800,48 Geld, 1809,52 Brief; 1 ungarische Krone 11,22 Geld, 11,28 Brief; 1 bulgarische Lira 618,45 Geld, 621,55 Brief; 1 jugoslawischer Dinar 649,37 Geld, 652,63 Brief. 1 polnische Mark kostete im freien Verkehr etwa 1,04 M.

Weiter bis Freitag mittag. Etwas höher, ziemlich trübe, im Süden zahlreiche, im Norden mehr vereinzelte Gewitterregen.

HERMANN Tietz BILLIGE Lebensmittel

Soweit Vorrat		Leipziger Strasse & Alexanderplatz		Soweit Vorrat	
Kartoffeln ... Pfund	70.-	Weizenmehl ... Pfund	1600.-	Salzheringe Stück	420.-
Rhabarber stark ... Pfund	180.-	Puddingpulver ... Pfund	230.-	Bratschollen ... Pfund	2300.-
Salat ... Kopf	250.-	Gebr. Roggen ... Pfund	1200.-	Kabliu im ganzen, ohne Kopf ... Pfund	2400.-
Stachelbeeren unref. ... Pfund	750.-	Backobst ... Pfund	1800.-	Seelachs im ganzen, Kopf ... Pfund	2400.-
Spargel frischer Pfund von	1600.-	Kaffee-Erwinz-Mischung ca. 10% Bohnen ... Pfund	2800.-	Makrelbückl ... Pfund	2600.-
		Prima fettes Ochsenfleisch frisch gefroren Rinderbrust und Fehrlippe Pfund 7000.- Rinderkamm und Querrippe Pfund 6800.- Schmorfleisch mit Knochen Pfund 7800.- Kalbskamm frisch ... Pfund 7000.- Kalbsrücken frisch ... Pfund 7000.-		Camembert Schachtel 850.- Harzer Käse ... Pfund 3000.- □-Käse ... Pfund 3200.- Kunsthonig 1-Pfund-Paket 950.- Marmelade mit Zucker gemischt ... Pfund 900.-	

